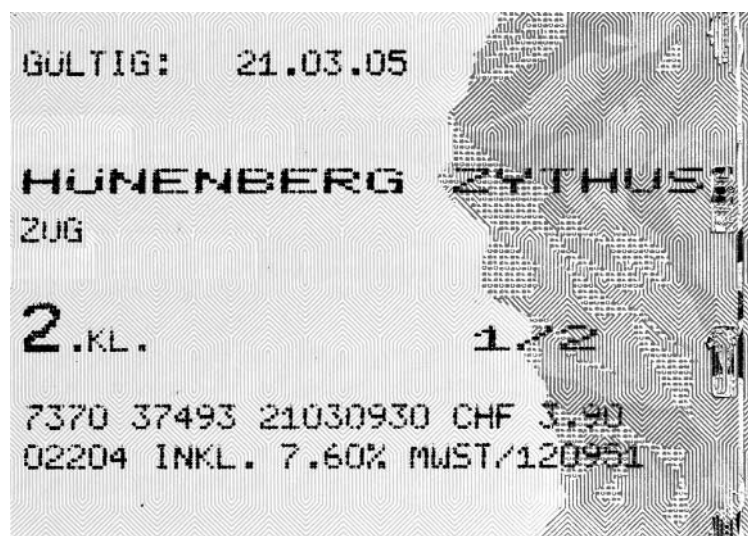


DAS BULLETIN

des
alternativen
Zug

Nummer 1, April 2005



Inhaltsverzeichnis

- 3 **Editorial**
Arbeitslosigkeit aus anderer
Sicht

- 4 **Weltsozialforum**
Eine andere Welt
ist möglich

- 6 **Workshop Alternative**
Auf zu neuen Ufern

- 9 **ZFA und Strukturreform**
Wieviele Gemeinden
braucht Zug?

- 10 **Stadtbahn**
«Mehr Gewinner als
Verlierer»

- 14 **Jugend macht Politik**
Junge Alternative legen los

- 16 **GGR: Halbzeitbilanz
der Alternativen**
Am Ball bleiben

- 18 **Nationalrat**
Historischer Entscheid

- 21 **Bilaterale – Schengen/Dublin**
Ja trotz allem

- 22 **Bilaterale – Schengen/Dublin**
Gegen das Krötenschlucken

- 24 **Serviceteil**
Kino FLIZ
Aus-Lese
Frontal
Veranstaltungskalender
Adressen Alternative
Impressum



«Mission statement»

Das BULLETIN des alternativen Zug wird von folgenden Gruppen getragen:

Sozialistisch-Grüne Alternative Kanton Zug, Kritisches Forum Alternative Cham, Frische Brise Steinhausen, Gleis 3 Risch/Rotkreuz, Freie Wähler Menzingen, Forum Oberägeri.

Das BULLETIN setzt sich mittels seiner Publikationen ein für die Förderung und den Erhalt von Lebensqualität im Sinne von:

- Sozialer Gerechtigkeit, Schutz von sozial Benachteiligten
- Ökologischer Nachhaltigkeit, Schutz von Lebensräumen und der Natur
- Gleichwertigkeit von Geschlecht und Rasse
- Verantwortung des Einzelnen gegenüber der Gesellschaft und Verantwortung der Gesellschaft gegenüber dem/der Einzelnen

Die Redaktion recherchiert zu politischen und gesellschaftlichen Themen nach bestem Wissen und Gewissen. Sie nimmt aktuelle Themen der alternativen Gruppierungen aus den einzelnen Zuger Gemeinden auf. Das BULLETIN fördert das politische Bewusstsein der Bevölkerung und trägt zur Meinungsbildung bei.

Redaktion und Herausgeberverein
«Das BULLETIN»

Arbeitslosigkeit aus anderer Sicht

Ihr habt bestimmt schon viel über das Thema Arbeitslosigkeit gelesen und manche Diskussion darüber gehört, so dass euch der Kopf nur so brummt. Ich aber denke, was sollen all das Gerede, die Statistiken und die vermeintlich guten Ratschläge, solange niemand wirklich etwas unternimmt?

Etwa 80 Prozent der Bevölkerung sind Arbeitnehmerinnen und -nehmer, welche aus lauter Angst, sie könnten selbst den Job verlieren, die Hosen gestrichen voll haben und sich alles gefallen lassen. Da arbeiten die meisten lieber länger, kommen auch am Samstag und das alles natürlich ohne Entgelt. Wieviele Arbeitsplätze allein diese «Einsparungen» kosten, wage ich nicht nachzurechnen. Doch mit dem Gedanken «Es warten ja so viele darauf, meine Nachfolge anzutreten» geht es weiter mit der Angst, statt sich zu wehren und zu denken: «Ja, dann sollen sie doch!»

Mit Angst kann man Menschen manipulieren und fertig machen. Wenn wir uns das gefallen lassen, sind wir selber schuld. Es ist einfacher, die Schuld anderen zuzuweisen als zu lernen, solidarisch zu sein.

Dabei garnieren die Manager munter. Wenn wir die Zeitungen aufschlagen, lesen wir über Managergehälter, die in den letzten Jahren um ein Vielfaches gestiegen sind. Die Unternehmen vermelden Rekordgewinne in einer Zeit, da wir «Normalsterblichen» immer weniger verdienen und dabei auch noch bereit sein müssen, mehr Arbeitsstunden zu leisten. Wir mit unseren hohen Lohnforderungen sollen

schuld sein an den hohen Preisen in der Schweiz, nicht die Manager und Abzocker. Sind wir denn meschugge?

Und vor lauter Ja sagen und Bücklingen werden wir zu Mitarbeitenden, denen man wirklich nichts mehr zutrauen kann. Viele fallen dabei in eine Depression. Diese Krankheit führt zu einem zum Rückzug. Da bleibt kein Platz mehr für kreative Ideen und Hilfe zur Selbsthilfe. Da bleiben nur Trauer und eine grosse Wut, was bestimmt auch keine Lösungen sind.

Was ist mit den KMU? Es gibt viele einsatzbereite, innovative und gute Chefs und Arbeitgeber. Aber die, welche die Preise drücken, wo immer sie können, schaden sich selbst und ihrer Branche. Und dann kommt das grosse Wehklagen. Wer ist schuld? Natürlich die Angestellten mit ihren hohen Gehaltsansprüchen! Schade, denn auch hier geht es nur miteinander und nicht gegeneinander.

Es ist höchste Zeit, umzudenken und kritische Fragen zu stellen. Was ist Arbeit? Warum ist, sich Zeit nehmen für die Kinder und ihr Wohlergehen, Einkaufen, Putzen, Kochen, Waschen keine bezahlte Arbeit? Warum sind die verschiedenen Berufe so unterschiedlich bezahlt? Ist ein Direktor nicht auch froh, wenn er auf ein sauberes WC gehen kann? Warum ist dann seine Arbeit so viel mehr wert?

Teilzeitstellen schaffen oder eine 30-Stundenwoche einführen wären Lösungen. Das könnte mit dem nötigen Lohnabbau erfolgen, aber dafür müssten für diese «eingesparte» Zeit (10 bis 12 Stunden pro Woche) neue Stellen



Judith Kellenberger, BULLETIN-Redaktorin.

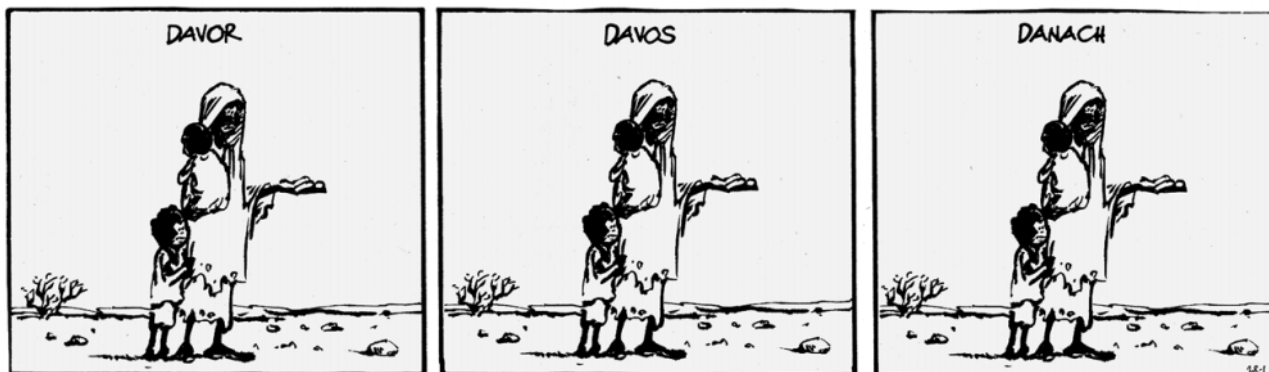
geschaffen werden. Für das BVG gilt dabei, dass der volle Lohn versichert werden muss, ganz gleich, wie hoch er ist. Und: AHV kriegen am Ende alle gleich viel, ohne Bevorzugung der Besserverdienenden. Auch hier ist Solidarität angesagt.

Mit Reden und langen Diskussionen haben wir bis jetzt nichts erreicht. Also gilt das Motto: Wir wollen etwas tun. Michel Mortier und ich haben die Interessengemeinschaft Zukunft für alle gestartet. Jede und jeder ist willkommen und kann mithelfen. Auch deine Ideen und Anregungen sind gefragt. Traue dich einfach und melde dich bei uns. Gemeinsam werden wir den Weg finden zu einer besseren Zukunft – für alle.

Das erste Projekt befasst sich mit: Gemeinsam wohnen – gemeinsam leben in Form einer Genossenschaftsüberbauung.

Und was möchtest du verändern? An der Sache interessiert? Melde dich doch bitte unter: jukelly@gmx.ch. ■

Eine andere Welt ist möglich



Nationalrat Josef Lang weilte vom 22. bis zum 31. Januar im brasilianischen Porto Alegre am 5. Weltsozialforum.

**Josef Lang, Nationalrat Alternative, Zug
Illustration Järmann/Schaad**

Es war eine der beeindruckendsten politischen Veranstaltungen, an denen ich bisher teilgenommen habe. Demonstrationen habe ich zwar schon grössere erlebt, als die der 180'000 Menschen, die am 26. Januar zur Eröffnung des Weltsozialforums durch die Strassen von Porto Alegre zogen. Aber das Angebot von 1500 Veranstaltungen, an denen vom 27. bis zum 30. Januar in den Dutzenden von unterschiedlich grossen Zelten und Gebäuden zwischen 15 und 15'000 Personen teilnahmen, war doch aussergewöhnlich. Besonders aufstehend war es, mit Leuten aus verschiedenen Kontinenten völlig zwanglos ins Gespräch zu kommen.

Biolandbau in Brasilien

Die 50-köpfige Schweizer Delegation, der Vertreterinnen und Vertreter von Entwicklungsorganisationen, Medien (vor allem welschen) und sechs Natio-

nalrätinnen und -räte angehörten, war vier Tage früher angereist. Diese benützten wir, um ein eindrückliches Biolandbauprojekt der Landlosenbewegung und eine ihrer zahlreichen Besetzungsaktionen zu besuchen.

Das Musterdorf, das 10'000 Hektaren umfasst und früher einem untätigen Grossgrundbesitzer gehörte, bietet 400 Bauernfamilien eine einfache, aber würdige Existenz. Den Mittelpunkt bildet eine Landwirtschaftsschule, in dem Bauern und vor allem Bäuerinnen aus der näheren und weiteren Umgebung Kurse in Biolandbau besuchen.

Harte Lebensbedingungen für Besetzer

Die Besetzungsaktion, an der sich seit drei Jahren 200 Familien beteiligen, bot ein viel tristeres Bild. Eingeklemmt zwischen einer stark befahrenen Autostrasse und einem fruchtbaren, un bebauten 2000 Hektaren grossen Landstück hausen etwa tausend Menschen, gut die Hälfte von ihnen Kinder, in mit schwarzen Blachen zugedeckten Hütten. Dass die Leute ein solches Leben aushalten, hat drei Gründe: erstens die grosse Solidarität unter den Besetzenden wie auch seitens der Gesellschaft, unter anderem aus den Kirchen. Zweitens ihre noch

schlimmeren Erfahrungen als land- und rechtlose Landarbeitende oder als Favela-Bewohnerinnen und -bewohner. Und drittens ihre Aussicht auf ein eigenes Stück Land im Rahmen einer Gemeinschaft, die sich im Laufe der Besetzungsjahre herausgebildet hat.

Fegefeuer zwischen Strasse und Land

Ein ehemaliger Armenviertelbewohner aus Sao Paolo sagte mir: «Wir, meine Frau und meine drei Kinder, kommen aus der Hölle: Jetzt befinden wir uns im Fegefeuer. Ein eigenes Stück Land in einem solidarischen Dorf bebauen zu können, ist für uns der Himmel auf Erden.»

Zusätzlich hatten wir zahlreiche Treffen mit Gewerkschaftsführern, Sozialwissenschaftlern, Kirchenvertreterinnen und -vertreter sowie den beiden weltberühmten Befreiungstheologen Frei Betto und Leonardo Boff. Dieser wohnte mit uns im gleichen Hotel in der Altstadt von Porto Alegre. Sowohl die Besuche bei den Bauernfamilien wie auch die erwähnten Gespräche zeigten uns, dass die brasilianischen Sozialbewegungen über unglaublich viele politisch hervorragend geschulte Menschen verfügen. Die grosse Mehrheit hat ihre ersten organisatorischen und rhetorischen Erfahrungen in

der katholischen Kirche gesammelt. Diese ist in ihrer Mehrheit trotz vatikanischen Interventionen bei Bischofswahlen und gegen Befreiungstheologen immer noch sozial sehr aufgeschlossen.

Am Weltsozialforum selber teilte sich die Delegation je nach persönlichen Interessen und politischen Schwerpunkten in die jeweiligen Zelte auf. Ich beteiligte mich an Diskussionen über politische Strategien und Perspektiven in Lateinamerika und Europa, Antikriegsbewegung und gewaltlose Konfliktlösung, Uno-Reform und Millenniumsziele, Dialog der Religionen, Auseinandersetzungen mit Multis, Steuergerechtigkeit und Steuerparadiese. Besondere Anlässe, die ich besuchte, waren ein Auftritt des inzwischen ziemlich umstrittenen Präsidenten Lula und ein Podium mit dem Nobelpreisträger José Saramago über «Don Quijote und politische Utopien». Cervantes' Roman der Romane ist vor genau 400 Jahren erschienen.

Globalisierung und Identität

«Die Globalisierung, die Suche und die Sucht nach Identität». Das ist der Titel eines Referats, das der Historiker und Nationalrat Josef Lang am 13. November 2004 in Basel vor der Schweizerischen Gesellschaft für Psychoanalyse gehalten hat. Das Referat beinhaltet eine kritische Auseinandersetzung mit der Illusion der Aufklärung, die wirtschaftliche Integration der Welt würde zur Auflösung partikularer Identitäten führen, seien diese regionaler, nationalistischer oder religiöser Natur.

An die beiden in der Tradition der Aufklärung stehenden Karl Marx und Friedrich Engels richten sich Aussagen wie die folgenden: «Dass es auch eine schwarze Dialektik geben könnte, dass der kapitalistische Fortschritt gerade mit seinen Umwälzungen, Zerstörun-

Höllische Folgen der Steuerparadiese

Die Vielfalt an Veranstaltungen hatte auch ihre Kehrseite. Oft war es schwierig, vor lauter Bäumen den Wald der «Altermondialisation», der globalen Alternative zum zerstörerischen Neoliberalismus, noch zu sehen. Um dieser Gefahr zu begegnen, veröffentlichten am Schluss Persönlichkeiten wie Leonardo Boff, Frei Betto, der argentinische Nobelpreisträger Adolfo Esquivel oder der britische Intellektuelle Tariq Ali das «Manifest von Porto Alegre».

Zu dessen 12 Punkten gehören Forderungen wie die Entschuldung der Dritten Welt, die Tobin-Steuer auf globalen Geldtransaktionen und auf die Gewinne der internationalen Multi-Unternehmen zur Bekämpfung des Hungers und zur Finanzierung einer globalen Sozialpolitik oder der Rückzug der Armeen aus besetzten Gebieten, sei das der Irak, Palästina oder Tschetschenien.

gen, Verunsicherungen, Erniedrigungen, Demütigungen auf der geistigen, kulturellen, mentalen, politischen Ebene jene Reaktionäre stärken könnte, die seine Herrschaft garantieren, diese Variante hatte wenig Platz in ihrer fortschrittsgläubigen Blauäugigkeit und in ihrer materialistischen Einäugigkeit.» Das Referat versucht aber auch Alternativen zu einer «Flucht in regressive Identitäten» vorzustellen.

Der Text wurde in der Zeitschrift «Neue Wege» (3/2005) veröffentlicht. Wer sich dafür interessiert, kann sie gratis auf dem SGA-Büro bestellen (041 710 13 15). In den «Neue Wegen – Zeitschrift des religiösen Sozialismus» hat es u.a. Interviews mit dem Basler Flüchtlingspfarrer Francisco Gmür und dem brasilianischen Befreiungstheologen Frei Betto zu seinem Rücktritt aus der Regierung Lula.

An dritter und damit prominenter Stelle steht ein Ziel, das uns Zugerinnen und Zuger, mindestens jene, denen der Mensch wichtiger als der Mammon ist, besonders angeht: «Schrittweise Auflösung aller Formen von Steuerparadiesen, sowohl auf der Ebene der Steuer wie der Bankengesetze». Mit ersterem sind Steuerprivilegien und Steuerdumping, mit zweitem die Straflosigkeit der Steuerhinterziehung gemeint. Auf meine Frage, warum er Steuerparadiese derart verhängnisvoll finde, antwortete mir Leonardo Boff, der selber Zug recht gut kennt: «Jede Million Franken, die eigentlich in Kolumbien oder Peru oder Bolivien versteuert werden müsste, aber beispielsweise in Zug versteuert wird, und das zu einem viel tieferen Satz, fehlt in der Dritten Welt für die Ernährung der Kinder, für die Heilung heilbarer Krankheiten, für den Bau von Spitälern und Schulen, für die Wasserversorgung, für die Sozialwerke. Die Steuerparadiese, in denen Multis die von uns aus unserem Boden heraus geholten Gewinne verstecken, machen den Ärmsten das Leben zur Hölle.» Und er fügte dem das berühmte Zitat von Mahatma Gandhi bei: «Die Erde hat genug für jedermanns Bedürfnisse, aber nicht für jedermanns Gier.»

Die Welt und Zug, Zug und die Welt

Und das ist genau die Frage, die uns Zugerinnen und Zuger, seien wir nun alternativ oder sozialdemokratisch oder christlich oder ganz einfach humanistisch, gestellt ist: Haben wir den Mut, uns trotz aller Anfeindungen immer wieder gegen die Gier privilegierter Personen und Firmen für die Bedürfnisse aller Menschen dieser Erde zu entscheiden? Nach dem Abstimmungskampf um die NFA, bei dem es mindestens im Kanton Zug auch um diese Frage ging, hat mir das Weltsozialforum besonders gut getan. ■

Auf zu neuen Ufern

Über 50 alternative Politikerinnen und Politiker aus dem Kanton Zug, politisch Anverwandte und zum Teil in Positionen der öffentlichen Arbeit und Ämtern stehende Frauen und Männer haben sich Mitte Januar 2005 getroffen. Spielerisch und doch ernsthaft wurde der gemeinsame Weg diskutiert, der im Sommer in der neuen Organisation der Alternativen im Kanton münden soll. Die wird sich sehen lassen können.

**Patrick Cotti, alt Gemeinderat, Zug
Bilder Marianne Zehnder**

Bezeichnenderweise traf Frau und Mann sich in den Räumlichkeiten einer Schule (der Rudolf-Steiner Schule), welche gedankliche Räume zu flüchtigen und zu konzentrierten Begegnungen bot. Zuhören ohne Voreingenommenheit, gemeinsam unverbissen suchen, voneinander lernen, indem Gemeinsamkeiten und die politische Herkunft sich klären, denn die Frage, wo die Verbindlichkeiten zwischen Berg und Ebene, sozialistischer, grüner, auch neuerer alternativer Vergangenheit zu finden sind, war vorab zentral, damit sich in der gesamten Breite gemeinsame politische Spielräume eröffnen, sich auch verbindende Schwerpunkte in der künftigen Zusammenarbeit formieren konnten.

Lust auf gemeinsame politische Arbeit

Endlich wieder mit Freude politisieren, eine politische Sprache zu haben, die verstanden wird und vor allem auch trägt. Dank der gut geführten Moderation von Lilian Hurschler-Baumgartner, Monica Studerus und Marianne Zehnder blieb der kommende Weg in den Workshop und darüber hinaus in den ersten offiziellen gemeinsamen politi-



Erstes Abtasten zu Beginn.



Gruppeneinteilung für die Workshops.

schen Sommer lange offen. Die Art, wie Themen, welche uns verbinden, gemeinsam spielerisch über einen «Open space» gesucht wurden, schliesslich in einer über unterschiedlich zusammengesetzte Gruppen gefundenen neuen politischen Sprache mündeten, machte grossen Spass und Lust auf eine weitere Zusammenarbeit. Dass die Workshop-Teilnehmenden durchgehend in der bekannten vorzüglichen Weise durch Dana Zurr bewirbt wurden, steht durchaus sinnbildlich für den Wandel der linken Zuger Politik, politische Arbeit ganzheitlicher anzugehen und nicht nur über den Kopffunktionieren zu wollen.

Gestärktes Gemeinschaftsgefühl

Wie verbindlich die Themen schliesslich in der Umsetzung realisiert werden, stand für die Teilnehmenden nicht im Vordergrund, vielmehr die Freude, eine neue Stärke gefunden zu haben, indem politische Schlagworte, welche unsere Arbeit seit langem prägen, geklärt und in die heutige Situation übersetzt, Tabus aufgebrochen und gemeinsame Begriffe geklärt werden konnten. Dies über die Grenzen zwischen den Exekutiven von Gemeinden, Kanton und Stadt, Legislativen von Kanton und Stadt oder den verschiedenen politisch aktiven Gruppierungen und Einzelpersonen hinaus. Jedenfalls ergab sich eine Grundlage zur Fortführung der Zusammenarbeit, welche mit dem Zusammenschluss der Alternativen im Kantonsparlament schon länger begonnen wurde.

Neu definierte Schwerpunktthemen

Vordergründig vielschichtig bearbeitet und besprochen wurde die Beurteilung der Lebensqualität im Kanton Zug auf dem Hintergrund einer globalisierten Weltwirtschaft. Neben den länger schon verfolgten und bearbeiteten Themen des



Hirnen, Diskutieren, Ideen an die Wand pinnen.

Wirtschaftsplatzes (Finanz- und Steuerpolitik, ethische Haltung zum Handelsplatz, Solidarität) zeigte sich der Wille, sich mit allen Mitteln für eine Vollbeschäftigung und damit gegen die Arbeitslosigkeit einzusetzen, die Probleme im Asylbereich (Kriminalisierung, aber

auch Kriminalität) sowie unserer Wirtschaft offener und lösungsorientierter anzugehen, weiter dem zunehmenden motorisierten Verkehr Alternativen entgegenzusetzen und diese zu fördern, sowie Tagesschulen in allen Zuger Gemeinden zu ermöglichen.

Alternativer Genuss

Am 22. Januar hiess es: lustvolle Politarbeit und sinnliche Gaumenfreuden! Auf vielfältigen Wunsch publiziert das BULLETIN das Suppenrezept, denn gutes Essen ist politisch!

Apfel-Curry-Cremesuppe (4 Portionen)

- 3 kleine Äpfel (z.B. Cox Orange; 300 g)
- 2 Kartoffeln (200 g)
- 1 Zwiebel
- 1 TL Butter
- 1-2 TL Curry
- 3/4 l Hühnerbrühe
- 2 Lorbeerblätter
- Salz, frisch gemahlener Pfeffer
- 1 Prise Zucker
- 200 g Schlagsahne
- 1 TL Öl
- 1/2 Bund Koriander

- Die Äpfel schälen, vierteln, Kerngehäuse entfernen. Apfelviertel in Stücke schneiden. Kartoffeln schälen und ebenfalls in Stücke schneiden. Die Zwiebel würfeln.
- Die vorbereiteten Zutaten in einem grossen Topf in der heissen Butter andünsten. Curry zugeben und kurz mitdünsten. Die Hühnerbrühe, Lorbeerblätter, Salz, Pfeffer und Zucker zugeben, aufkochen und 20 Minuten kochen.
- Schlagsahne unterrühren und die Lorbeerblätter entfernen. Die Suppe mit dem Stabmixer pürieren und eventuell durch ein Sieb giessen. Mit Salz, Pfeffer, Zucker und Curry abschmecken.



Lebhafte Diskussionen rund um die Workshops mit Kantonsratspräsidentin Erwina Winiger, Gleis-3-Präsidentin Hanni Schriber und Barbara Beck (von links).

Denkräume für uns und die Öffentlichkeit

Eindrücklich erscheint mir, wie gemeinsame Denkräume für uns wichtig werden, um uns neu zu definieren. Denkräume aber auch, welche in eine Öffentlichkeitsarbeit münden und weitere Ressourcen eröffnen sollen (z.B. regelmässige Aktionen und Treffs auch in den Gemeinden, eine neue alternative Bar, welche die ehemalige Monatsbar ablösen soll). Darüber hinaus wurde auch die Wichtigkeit der gegenseitigen Nutzung von Wissen besprochen, welches Themen aus einzelnen Gemeinden betreffen.

Zudem wurde immer wieder auf die Notwendigkeit der Vernetzung hingewiesen, damit Synergien geschaffen werden können (z.B. Tagesschulen). Eine grössere Arbeitsgruppe widmete sich intensiv der Öffentlichkeitsarbeit, welche einerseits im Hinblick auf den kommenden Zusammenschluss der Alternativen

im Sommer sowie schliesslich auch bei den Regierungsratswahlen 2006 grosses Gewicht zukommen wird.

Nur schon hinter dem gewünschten einheitlichen Erscheinungsbild der alternativen Gruppierungen, welche weiterhin in den Gemeinden verwurzelt bleiben sollen, zukünftig jedoch unter dem kantonalen Label «Alternative Kanton Zug» präsentiert werden soll, verbirgt sich viel Vorbereitungsarbeit. Die gemeinsamen Themen und Ziele, welche der Workshop formulierte, wollen schliesslich auch von der SGA (Zug und Baar), der Frischen Brise (Steinhausen), den Kritischen Foren (Cham und Oberägeri), den Freien Wählern (Menzingen), dem Gleis 3 (Risch-Rotkreuz) und den verschiedenen Parteilosen getragen und portiert werden. ■

Gemeinsame Themen der Alternativen Kanton Zug

Interessierte, die sich für die Alternativen Kanton Zug engagieren oder informieren wollen, können sich direkt bei den Ansprechpersonen zu folgenden Themen melden:

■ Steuerpolitik und Handelsplatz Zug

Stefan Gisler, 041 710 09 80,
praesidium@sga-zug.ch
Rosmarie Fährndrich Burger,
041 741 22 60, rosemarie.faehndrich@datazug.ch

■ Arbeit für alle (Vollbeschäftigung)

Judith Kellenberger, 041 755 00 82,
jukelly@gmx.ch

■ Denkräume

Patrick Cotti, 041 710 59 49,
p_cotti@bluewin.ch

■ Tagesschule

Esther Gödl, 041 790 35 62,
esther_goedl@bluemail.ch

■ Lebensqualität

Adrian Hürlimann, 041 710 76 13,
adrianhuerlimann@bluewin.ch

■ Kontakt mit Wirtschaft

Charles Meyer, 041 780 63 44,
charles.meyer@bluewin.ch

■ Caffè Republicano

Annemarie Csomor, 041 711 48 60,
a.csomor@bluewin.ch

■ Wahlausschuss

Martin Stuber, 041 711 86 33,
mstuber@ch.inter.net

Wieviele Gemeinden braucht Zug?

Zug muss die NFA-Mehrbelastung bewältigen. Doch die getroffenen Massnahmen stellen einen qualitativ guten Service public in Frage. Darum lancierten die Alternativen die Debatte um eine Strukturreform mit möglichen Gemeindefusionen.

Stefan Gisler, Kantonsrat Alternative und Präsident SGA, Oberwil

Die NFA kostet. Nicht zuletzt darum hat die Regierung schon vor längerem eine Totalrevision des Zuger Finanzausgleichs sowie die Zuger Finanz- und Aufgabenreform ZFA aufgelegt. Durch die ZFA sollen öffentliche Aufgaben eindeutig entweder dem Kanton oder den Gemeinden zugewiesen werden. Dabei wird den Gemeinden mehr Verantwortung für die Ausführung und Finanzierung des Service public übertragen. Im Gegenzug soll der Kanton primär die NFA-Rechnung begleichen.

Das Aus für das «Zahnfräulein»

Die ZFA kommt in zwei Paketen in den Kantonsrat. Das erste wird im Mai verabschiedet und ist beinahe unbestritten. Beinahe. Denn die heute obligatorische kantonale Schulzahnpflege soll als nicht-obligatorische Aufgabe an die Gemeinden delegiert werden, der Kanton zieht sich aus der Finanzierung zurück. Angesichts der Sparmassnahmen werden wohl einige Gemeinden den Schulzahnpflegedienst streichen. Damit können nicht mehr alle Kinder im Kanton Zug von dieser wichtigen präventiven Massnahme profitieren – zum Schaden ihrer Gesundheit und auf Kosten der Gesellschaft, welche die teuren Folgekosten mittragen muss.

Dieses Beispiel zeigt – die ZFA droht zu einer Spar- und Abbauvorlage verkommen. Dabei sollten dank Optimie-

rungen Gemeinden und Kanton eigentlich mit dem gleichen Gesamtbudget bessere Leistungen zum Wohle aller Zugerinnen und Zuger erbringen.

Leistungsgefälle im Bildungswesen?

Umstritten ist vor allem das zweite Paket, über das der Kantonsrat im Herbst zusammen mit dem innerkantonalen Finanzausgleich befindet. Der Kanton will sich stärker aus der Lehrerbesoldung zurückziehen – die Gemeinden sollen 80 Prozent bezahlen. Und wer zahlt befiehlt. Zu befürchten ist, dass aus Spargründen heute obligatorische Schulangebote aufgehoben werden. Doch ein Leistungsgefälle zwischen den Gemeinden gilt es zu verhindern – alle Einwohnerinnen und Einwohner sollen unabhängig von der Wohngemeinde den gleichen Zugang zu guten öffentlichen Dienstleistungen haben. Wir brauchen in Zug intelligente Bildungspolitik, ein gesundes Gesundheitswesen, einen mobilen öffentlichen Verkehr, ein soziales Sozialsystem und so fort. Für die Bewältigung solcher öffentlicher Aufgaben müssen – ZFA hin oder her – allen Körperschaften genügend Mittel zu Verfügung stehen.

Strukturreform: Die Diskussion beginnt

Ziel des ZFA ist – auf dem Papier – «die Erfüllung der öffentlichen Aufgaben effizient und in guter Qualität». Doch führen die ZFA-Massnahmen zum Ziel? Besteht nicht die Gefahr, dass die ZFA-Reform letztlich Pflasterli-Politik bleibt? Die Zeit ist reif, parallel zur ZFA eine neue Debatte zu lancieren: Wie viele Gemeinden braucht Zug? Darum hat die Alternative Fraktion eine Strukturreform-Motion eingereicht, welche den Regierungsrat beauftragt, zu überprüfen, wie viele Gemeinden Zug braucht, um Qualität und Effektivität der öffentlichen Aufgaben langfristig zu sichern. Elf wie heute oder gar nur ein Stadtkanton?



Der Kanton Zug in 20 Jahren: Mit 11 Gemeinden wie heute oder gar ein Stadtkanton?



Die Alternative Fraktion bevorzugt keine der Optionen. Aber oft können Aufgaben, wenn sie durch den Kanton oder grössere Gemeindeverbände koordiniert und ausgeführt werden, effektiver und effizienter gelöst werden, und der Service public für die Zuger Bevölkerung und die Zuger Wirtschaft dabei erhalten oder erhöht werden. Gerade Aufgaben, die einen hohen administrativen Aufwand aufweisen oder ein grosses Know-how verlangen, können nicht von jeder der elf Gemeinden mittels elf individuellen Lösungen bewältigt werden.

Im Kantonsrat sperrte sich einzig die SVP gegen eine Überweisung der Motion an den Regierungsrat. Gemeindefusionen seien unrealistisch. Das stimmt nur dann, wenn man sich geistig und politisch nicht bewegt und keine Visionen entwickelt. Eine Strukturreform wird zehn oder zwanzig Jahre dauern. Doch Zug muss die Zukunft heute gestalten. Wichtig ist, dass die Diskussion vor allem mit den Gemeinden und in der Bevölkerung geführt wird – Reformen müssen von unten kommen. ■

«Mehr Gewinner als Verlierer»

Startschwierigkeiten bei der Stadtbahn. Kinderkrankheiten oder tiefer liegende Probleme?

**Interview Martin Stuber
Bilder Philipp Bischof**

Mit vielen Vorschusslorbeeren, schweizweite Beachtung und grosser Beteiligung der Zuger Bevölkerung bei der Einweihung ist am 12. Dezember ist die Zuger Stadtbahn gestartet. Genauer: das neue Verbundsystem «Bahn und Bus aus einem Guss». Schon nach kurzer Zeit machte die Anfangseuphorie aber breiter Ernüchterung Platz. Hat das neue Verbundsystem Fehler? Hans-Kaspar Weber, Leiter Amt für öffentlicher Verkehr, und Hugo Berchtold, Leiter Zugerland Verkehrsbetriebe, stellten sich den Fragen des BULLETINS.

BULLETIN: Herr Weber, sind Sie als Auftraggeber an die SBB mit dem Start der Stadtbahn zufrieden?

Hans-Kaspar Weber: Ich habe zwei Herzen in meiner Brust. Einerseits ist das neue Verbundsystem von Stadtbahn und Bus der richtige Schritt im richtigen Moment. Andererseits hatten wir bedeutend grössere Startschwierigkeiten als erwartet: Unpünktlichkeit, nicht gelieferte FLIRT-Kompositionen oder ein unbrauchbares Fahrgastinformationssystem. Inzwischen ist aber sehr viel gegangen und ich würde sagen, heute sind wir dort, wo wir eigentlich am 12. Dezember hätten sein sollen. Jetzt kann das System wirklich benützt werden.

BULLETIN: Weshalb konnten denn nur so wenige Kompositionen geliefert werden? Wurde bei der Ausschreibung der falsche Lieferant ausgewählt?

Weber (lacht): Wieso nur vier statt der erwarteten acht Kompositionen geliefert wurden – da müssen Sie den Lieferanten fragen – die Stadler Rail AG. Zur Aus-

wahl des Lieferanten: Die SBB als Betreiberin der Stadtbahn hat Ende 2001 eine GATT/WTO-konforme, weltweite Ausschreibung gemacht für die Fahrzeuge. Offeriert haben nur zwei Lieferanten, beide je mit mehreren Offerten. Es war aber keine einzige Offerte dabei, die per 12. Dezember 2004 die geforderten elf Fahrzeugkompositionen liefern konnte. Es war schon bei der Auftragsvergabe im Herbst 2002 klar, dass wir beim Start der Stadtbahn nicht über genügend Kompositionen verfügen würden.

Von der SBB hatten wir die Zusage, dass es keine Probleme geben würde, wenn nur sechs statt elf Fahrzeuge bereit seien. Die Lücke könne vorübergehend mit bestehenden älteren Fahrzeugen gedeckt werden. Die SBB konnten dann aber nur vier Fahrzeuge einsetzen, davon eines als Reserve. Damit waren die Schwierigkeiten mit der Pünktlichkeit vorprogrammiert.

BULLETIN: Und dann kam noch der Winter-Splitt auf den Perrons hinzu, welcher die FLIRT-Türen blockierte.

Weber: Nicht nur der Rollsplitt, es gab auch technische Probleme mit den Türen. Aber es stimmt, die Splittkörner waren zu gross und verklemmten das ausfahrbare Trittbrett. Es war schliesslich die Kumulation verschiedenster Probleme, die zu den grossen Schwierigkeiten führten – dafür entschuldigen wir uns auch an dieser Stelle nochmals.

BULLETIN: Aber dass die Doppeltraktion – also zwei zusammengehängte FLIRT-Kompositionen – erst während des funktionierenden Betriebes getestet werden konnten, das haben viele Leute nicht verstanden.

Weber: Vorausschicken möchte ich: Um die Doppeltraktion zu testen, mussten zuerst einmal zwei funktionierende Einzelfahrzeuge zu Verfügung stehen. Gewisse Kinderkrankheiten der Fahrzeuge wirkten sich in der Doppeltraktion dann

auch doppelt so schwer aus – zum Beispiel Fehler in der Software.

BULLETIN: Wieso wurde die Doppeltraktion dann aber im laufenden Betrieb getestet?

Weber: Ich möchte ausdrücklich betonen, dass dies keine technischen Gründe hatte, sondern betriebliche. Das alte Rollmaterial zeigte bei einzelnen Zügen grosse Kapazitätsprobleme. Das Passagieraufkommen auf der Strecke Cham – Zug war gleich von Beginn weg so hoch, dass wir von den SBB verlangt haben, herauszufinden, ob erstens mit der Doppeltraktion – wenn sie dann funktionieren würde – überhaupt genügend Kapazität bereitgestellt werden kann, ob zweitens der Fahrplan eingehalten werden kann und ob drittens die Perrons genügen, damit die Leute genug schnell ein- und aussteigen können. Das konnte nur im laufenden Betrieb getestet werden.

Ich kann ihnen versichern, dass die Erleichterung sehr gross war, als dieser Test in jeder Hinsicht erfolgreich war. Sonst wäre ein Kernstück des Systems mit vier Hubs: Zug, Baar, Cham und Rotkreuz schon von Anfang an in Frage gestellt worden.

BULLETIN: Herr Berchtold, Sie haben keine Probleme mit fehlenden Kompositionen gehabt – ist bei den ZVB der Start gelungen?

Hugo Berchtold: Ja, wir hatten keine Fahrzeugprobleme – zwei zu spät gelieferte neue Busse konnten wir problemlos verkraften. Die alten Fahrzeuge sind einfach noch ein paar Wochen länger gefahren. In Relation zum Ausmass des Wechsels hatten wir tatsächlich nur sehr wenige Probleme. Die Linie Sins–Cham hatte Probleme, die Fahrzeit einzuhalten. Doch diesen Fahrplan haben wir schnell anpassen können.

Schon 2004 hatten wir ein top optimiertes Busnetz. Mit der Einführung des Bahn-Halbstundentaktes zwischen

Zürich und Luzern im Jahre 1996 wurde das Busnetz Jahr für Jahr ausgebaut und verfeinert. Wir hatten optimale Anschlusspläne zwischen den Bussen sowie zwischen Bahn und Bus am Bahnhof Zug.

Mit Einführung des Hubsystemes in Baar, Zug, Cham und Rotkreuz mit der Stadtbahn als neuem Mittelverteiler und der Ausrichtung des Busses als Feinverteiler auf diese Hubs sowie die Stadtbahn haben wir ein komplett neues System geschaffen. Komplett neu! Und ich stelle mit einer gewissen Genugtuung fest, dass es grundsätzlich funktioniert. Nun werden wir daran gehen, auf den Fahrplan 2006 hin dieses neue System zu optimieren. Da liegt sicher noch etwas drin.

BULLETIN: Das ist aber auch nötig – eine ganze Reihe von Busbenützern ist nicht begeistert – etwa die Oberwiler.

Berchtold: Bei jedem Systemwechsel gibt es Gewinner und Verlierer! Wir sind aber der Meinung, dass es deutlich mehr Gewinner gibt. Positiv ist sicher der 7^{1/2}-Minutentakt auf der Linie 6 Zug–Steinhausen. Das ist ein grosser Schritt. Negativ ist natürlich die Ausdünnung des Taktes der Linie 11 Herti–Schönegg am Sonntag. Aber da hat der Zuger Stadtrat rasch gehandelt – der 11er ist ja eine Ortsbuslinie. Dort wurde der 15-Minutentakt am Sonntag 27. März 2005 wieder eingeführt. Sie sprechen aber zu Recht die Oberwiler an. Vom 10-Minutentakt zurück auf den Viertelstundentakt und nur noch alle 30 Minuten einen Bus bis ins Franziskusheim und Fuchsloch hinauf, ohne dass die S2 mit ihrem Stundentakt eine Verbesserung auf der Schiene bringt – ja, das ist tatsächlich eine spürbare Verschlechterung und ich verstehe, wenn die Leute da unzufrieden sind.

BULLETIN: Wie reagiert die ZVB darauf?

Berchtold: Da fragen sie eigentlich den Falschen. Wir haben klare finanzielle



Hugo Berchtold (links) und Hans-Kaspar Weber sind überzeugt vom Projekt Stadtbahn beziehungsweise Bahn und Bus aus einem Guss, trotz Anlaufschwierigkeiten.

Vorgaben und einen Leistungsauftrag. Wir fahren seit 1997 mit einer Leistungsvereinbarung. Die Besteller – der Kanton für Regionallinien, Stadt Zug und Gemeinden für Ortsbusse – bestimmen Fahrplandichte und geben das Budget vor. Entgegen gewisser Erwartungen zeigte sich, dass das Busnetz nicht billiger, sondern sogar noch etwas teurer wurde – genau gesagt um 2,5 Millionen Franken. Mehr liegt zur Zeit einfach nicht drin. Persönlich könnte ich mir aber schon vorstellen, dass auf der Linie 3 der 10-Minutentakt wieder kommt, das lässt sich auch mit der Zubringerfunktion zur Stadtbahn vereinbaren. Zudem spüren wir jetzt schon Kapazitätsprobleme auf dieser Linie. Das gleiche Problem besteht auf dem Abschnitt Inwi – Zug der Linie 4. **Weber:** Ich möchte an dieser Stelle den ZVB als Besteller ein Kränzchen winden. Die ZVB hatten wirklich keine Umstellungsprobleme und haben sogar der SBB massiv unter die Arme gegriffen und eine Riesenleistung erbracht, um auch in schwierigen Momenten die ÖV-Transportkette zu gewährleisten. Und noch etwas: das Busnetz ist zwar teurer geworden, hat aber ein grösseres Angebot. Wir fahren fast 10 Prozent mehr Kilometer mit dem neuen Fahrplan, was ein gewaltiger Angebotssprung ist.

Berchtold: Tatsächlich haben wir ab dem 12. Dezember 2004 eine Interventionsgruppe mit 12 Leuten eingesetzt. Zusätzlich waren täglich 8 Kundenberater an den Hubs im Einsatz. Allerdings haben

wir eine Zeitlang weit über unseren Ressourcen gelebt. Aber wichtig ist folgendes: Es gibt nicht hier die Stadtbahn, da den Bus und dort den SBB-Fernverkehr. Es gibt ein Verbundsystem des öffentlichen Verkehrs, und in diesem System müssen alle am gleichen Strick ziehen.

BULLETIN: Und wieso hat da der Erfinder der Billetautomaten nicht mitgezogen?

Berchtold: Jetzt funktionieren die Automaten grundsätzlich, haben nur noch ganz selten Systemabstürze. Probleme haben wir noch mit den eingebauten Druckern und vor allem mit den Entwertern. Neue Entwerter werden in den nächsten Tagen an zehn stark frequentierten Automaten getestet, dann werden alle ersetzt. Ab Mitte April kommt die neue Bedieneroberfläche. Wir haben aus den Fehlern gelernt und gehen nur noch mit Sachen in den laufenden Betrieb, die wir selber getestet haben. Die Automaten sind auch mit einer GATT-Ausschreibung beschafft worden. Der Lieferant ist ein grosser deutscher Hersteller, Höft und Wessel. Wieso die solche Probleme haben, ist mir offen gestanden unerklärlich. Am Anfang liess auch der Support sehr zu wünschen übrig. Wir haben aber erst die Hälfte der Rechnung bezahlt – immerhin 1,8 Millionen Euro.

BULLETIN: Und ab wann funktioniert das neue Fahrgastinformationssystem?

Berchtold: Auch hier gilt: Wir nähern uns langsam einem akzeptablen Zu-



Hugo Berchtold: «Wir nähern uns langsam einem akzeptablen Zustand.»

stand. In gewissen Bussen hatten wir Probleme mit der Stromversorgung. Dann schoben sich der Bildschirmhersteller Ruf und der Lieferant der Software sowie des Leitrechnersystems Siemens gegenseitig die Schuld zu, was zu Verzögerungen führte. Schliesslich wurde klar, dass die Probleme bei Siemens lagen. Im Bus sollten die Anzeigen nun funktionieren, an der Lösung der noch vorhandenen Schnittstellenprobleme wird intensiv gearbeitet.

Weber: Bei den SBB steckt hinter der Fahrgastinformation ein extrem komplexes System. Da sind einige Hersteller involviert – und natürlich war keiner schuld. Dann ging auch noch der Lieferant der Perronanzeigeräte Konkurs, und wir mussten froh sein, dass am 12. Dezember überhaupt Displays an den Perrons hingen.

Es brauchte Zeit, Vertreter der verantwortlichen Firmen nach Zug zu bringen. Schliesslich waren Interventionen von höchster Stelle bei den SBB nötig, dass das System zum Laufen gebracht werden konnte. Nun funktioniert es, wenn auch immer noch mit Ausfällen.

Berchtold: Mit dem «Mister Stadtbahn» Kurt John gibt es seit einiger Zeit auch einen zentralen Ansprechpartner, was die Problembeseitigung erleichtert. Die Zusammenarbeit zwischen SBB und ZVB war vor und ab dem 12. Dezember intensiv, kundenorientiert und effizient.

Weber: Dass die ZVB-Chauffeure den SBB über Funk mitteilen, wenn zum Beispiel eine Perronanzeige in Cham nicht stimmt, das ist für mich wirklich Bahn und Bus aus einem Guss.

BULLETIN: Das neue Fahrgastinformationssystem trägt das Attribut «revolutionär». Was ist denn revolutionär an diesem System?

Weber: Wenn alles läuft, dann haben sie im Bus die Anzeige der Ist-Zeiten der Bahnanschlüsse und umgekehrt! Das revolutionäre ist der transparente, durchgehende Datenverbund zwischen Bahn und Bus, also transportsystem- und unternehmensübergreifend. Das gibt es so noch nirgends auf der Welt! Zu Bedenken ist, dass hier zwei völlig unterschiedliche Betriebsphilosophien zusammenkommen. Zudem ist die Bahn besser planbar als der Bus. Wenn der irgendwo im Stau steckt, ist schwer zu sagen, wann er beim Bahnhof ankommen wird. Verspätungen bei den Zügen sind berechenbarer. Wenn der Zug in Luzern 5 Minuten zu spät abfährt, dann kann relativ sicher vorausgesagt werden, wann er in Zug ankommen wird. Leider wird es aber Herbst werden, bis das neue System vollumfänglich funktioniert. Aber sie werden sehen: Geduld lohnt sich.

BULLETIN: Im Juni sollen die letzten FLIRT-Kompositionen geliefert werden, das Informationssystem soll im Herbst laufen. Kann ich das so zusammenfassen, dass bis spätestens im Herbst «Bahn und Bus aus einem Guss» laufen?

Weber: Ja. Ich möchte nochmals darauf hinweisen: es gibt Gewinner und Verlierer. Wir arbeiten daran und werden mit Feintuning und punktuellen Massnahmen dafür sorgen, dass es am Schluss deutlich mehr Gewinner als Verlierer geben wird. Wir haben jetzt den ersten grossen Wurf, der noch Korrekturen erfordert. Das neue Verbundsystem als solches ist richtig. Bei den Gesamtreisezeiten sind wir noch nicht dort, wo wir sein wollen und müssen. Wer bisher nicht umsteigen musste und nun einmal umsteigt, dürfte gut fahren. Wer aber nun neu zweimal umsteigen muss, gehört zu den Verlierern.

Und zum FLIRT vielleicht noch dies: Stadler Rail hat eine unglaubliche Leistung vollbracht. Vom Zeitpunkt der Bestellung bis zur Auslieferung eines völlig

neuen Fahrzeuges vergingen nur zwei Jahre – das ist eine reife Leistung. Zudem hat es bisher kaum ein völlig neues Schienenfahrzeug gegeben, dass im Grundsatz auf Antrieb so gut funktioniert hat wie der FLIRT. Wenn ich da an die Lok 2000 denke... Leider waren die Probleme, die wir hatten, «hässliche» Probleme, die den Betrieb stark beeinträchtigt haben.

Berchtold: Eigentlich dauert es drei Jahre, bis eine solch tiefgreifende Umstellung richtig greift. Das hat man damals im Bernbiet bei der RBS, Regionalverkehr Bern-Solothurn, gesehen. Dort kam es am Anfang sogar zu Frequentierrückgängen, bis dann die Passagierzahlen stark angezogen haben.

BULLETIN: Nun soll das Ganze ja den Anteil des ÖVs am Gesamtverkehrsaufkommen erhöhen. Sind schon Aussagen über Passagierzahlen möglich?

Weber: Leider nein. Wir müssen erhärtete Zahlen haben. Zahlen, in denen die starken saisonalen Schwankungen berücksichtigt sind. Weil die Transportkette neu organisiert ist, sind aussagekräftige Vergleiche auch gar nicht so einfach. Ich rechne mit klaren Aussagen über die Frequenzen des Gesamtsystems erst Ende Jahr. Klar ist jedoch heute schon: Es gibt eine deutliche Verlagerung vom Bus auf die Bahn entlang der Stadtbahnachsen.

Berchtold: Ich kann das bestätigen. Zwischen Baar und Zug sowie Zug und Cham gibt es spürbare Verlagerungen vom Bus auf die Schiene. Es kam zu einem Frequenzrückgang bei parallelen Buslinien. Hingegen haben wir auf der Linie 6 mit dem neuen 7¹/₂-Minutentakt eine spürbare Frequenzsteigerung. Klare Zunahmen verzeichnen auch die beiden Linien 1 und 2, die ja schon vorgängig ausgebaut wurden.

BULLETIN: Reden wir noch über die mittelfristige Zukunft. Wie viel Spatzung ist



Hans-Kaspar Weber: «Mit dem neuen System gibt es deutlich mehr Gewinner als Verlierer.»

jetzt noch drin für Kapazitätserhöhungen?

Weber: Es hat noch etwas Luft, aber ohne weitere Ausbauten ganz sicher zu wenig.

BULLETIN: Angesichts des anvisierten Wachstums des ÖVs in den nächsten 15 Jahren – fast 40 Prozent gemäss kantonaalem Richtplan – und angesichts des Anliegens der Alternativen, dass wir eher mehr Wachstum beim ÖV wollen und weniger beim motorisierten Individualverkehr – was braucht es alles, um dieses Wachstum zu bewältigen?

Weber: Alle ÖV-Projekte, die im Teilrichtplan Verkehr vorgesehen sind. Alle! Es braucht aber auch Massnahmen beim motorisierten Individualverkehr, um auf der Strasse Platz zu schaffen für den öffentlichen Verkehr. Es braucht aber nicht nur die Zuger Projekte.

Die zu- und wegführenden Systeme müssen auch ausgebaut werden – die Interregio-Züge sind in den Stosszeiten heute schon voll. Dazu sind in Zürich und Luzern Kapazitätserweiterungen nötig. Und raumplanerisch muss klar sein: Der ÖV kann seinen starken Beitrag zur Bewältigung des Verkehrswachstums nur leisten, wenn entlang der ÖV-Achsen verdichtet gebaut wird.

Berchtold: Die Kapazitätsfrage ist eine Frage der Transportgefässe – mit welchem System fährt man. Mit eigenen Trassen ist das anvisierte Wachstum machbar.

Auf dem heute existierenden Strassensystem aber nicht.

BULLETIN: Die Doppelspur Cham–Rotkreuz ist in der ersten Priorität des Teilrichtplan Verkehr. Ist der Bau bis 2010 realistisch?

Weber: Es ist möglich. Die Notwendigkeit ist klar gegeben, nicht nur für den Kanton Zug, sondern auch für die SBB, welche für die Kapazitätsbedürfnisse des Interregio Zürich–Luzern und aus Gründen der Fahrplanstabilität diese Doppelspur auch braucht. Zudem hat diese Strecke das drittgrösste Passagieraufkommen der Schweiz. Ursprünglich war die Doppelspur Bestandteil der Bahn 2000 und die Projektierung war schon sehr weit vorangekommen, als sie aus finanziellen Gründen 1994 gestoppt wurde. Für ein auflagereifes Projekt braucht es also nicht mehr allzu viel, es ist auch nicht kompliziert zum Bauen. Das Problem ist der Neubaustopp beim Bund. Da ist kurz-

fristig wenig zu erwarten, weil die Gesamtschau aller Projekte im Rahmen der FinöV noch bis 2007 dauern wird. Aber wir arbeiten mit Hochdruck an der Frage und verhandeln zurzeit mit den SBB. Im Sommer wissen wir vielleicht mehr.

BULLETIN: Wann kommt die S2 Zug–Oberwil–Walchwil mit höheren Frequenzen? Was braucht es dazu?

Weber: Ziel ist, dies gleichzeitig mit der Eröffnung der Doppelspur zu tun. Wir brauchen eine Ausweichstelle in Oberwil und vor allem Umbauten im Bahnhof Zug, um am Fernverkehr vorbei zu kommen. Das könnte wegen der Weichen und einem zusätzlichen Gleis relativ teuer kommen. Klar ist, dass hier der Kanton Zug alleine zahlen wird. Die SBB brauchen diesen Ausbau nicht.

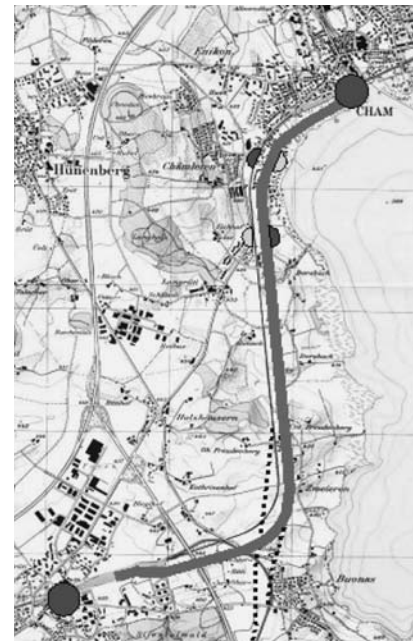
BULLETIN: Herr Berchtold, Herr Weber, wir danken ihnen für das offene und interessante Gespräch. ■

Doppelspur aufgleisen

Mittelfristig braucht es für den nötigen Ausbau und den langfristig stabilen Betrieb der Stadtbahn im Minimum die Doppelspur zwischen Cham und Rotkreuz.

Darum haben Lilian Hurschler-Baumgartner und Martin Stuber im Februar im Kantonsrat ein Postulat für die schnelle Realisierung dieser Doppelspur eingereicht, das erfreulicherweise Unterschriften aus allen Parteien trägt. Hauptzuständig ist aber der Bund. Aus diesem Grund hat der alternative Nationalrat Jo Lang in der Frühlingsession eine entsprechende Interpellation eingereicht. Alle Zentralschweizer Nationalrätinnen und -räte haben die Interpellation mit unterschrieben. Beantwortet wird die Interpellation im Sommer.

Schon heute ist aber klar: Damit die Doppelspur rasch kommt, muss der blinde Sparkurs in Bern auf Kosten eines optimalen Ausbaus des ÖVs gestoppt werden. Wäre die bürgerliche Mehrheit vor einem Jahr mit dem Steuerpaket erfolgreich gewesen, würden vier Milliarden jährlich fehlen. Auch die Doppelspur könnten wir wohl auf lange Jahre hinaus vergessen. Das Volk hat mit der Ablehnung des Steuerpaketes die Richtung gewiesen.



Die heute einspurige Bahnstrecke zwischen Cham und Rotkreuz muss zur Doppelspur ausgebaut werden.

Junge Alternative legen los

Die letzten Wahlen habens gezeigt: Junge Politik verleiht der älteren Generation Flügel. Und was tun die jungen Alternativen, wenn sie nicht grad «ihre Alten» im Wahlkampf unterstützen?

Lea Zehnder, Gemeinderätin Alternative Fraktion, Zug

Ein Sitz in einem Parlament ist nicht alles – wir Jungen können und müssen auch Anderes und Andere politisch bewegen. Wohl auch aus diesem Grund konzentrieren wir uns nicht nur auf die Politik in Zug. Längst haben wir Jungen uns auf nationaler Ebene politisch etabliert. Mehr dazu später, denn für Zug pocht unser Herz am stärksten, hier setzen wir an. Wir wollen die Zuger Jugend hören, aber sie sollen auch uns hören.

Der jugendpolitisch zur Zeit wohl trendigste Begriff hat Zugs Behörden und Verwaltung fest im Griff: Unter der Federführung des kantonalen Jugendparlamentes lockte das Projekt «Jugend Mit Wirkung» unter dem Stern «Gesundheitsförderung durch Partizipation» fast mehr Politiker und Verwaltungsmitglieder an als Jugendliche. Der Kern von «Jugend Mit Wirkung» ist die Durchführung eines Mitwirkungstages pro Jahr in der Gemeinde, an welchem die Jugendlichen ihre Brennpunkte benennen. Welche Wünsche haben sie, welche Probleme bedrücken sie und welche Lösungsvorschläge schweben ihnen vor? Gemeinsam tragen am Mitwirkungstag Jugendliche und Erwachsene ihre Ideen zusammen und arbeiten dazu gleich selbst konkrete Projekte aus. Die Zusammenarbeit in Zug hat funktioniert, darf aber ruhig noch etwas vertieft werden.

Wofür ein Sitz im Parlament eben doch gut ist: Mittels einer Interpellation der jüngsten alternativen Parlama-



Jungpolitikerinnen in Aktion an der Jugendsession in Bern.

rierin des Grossen Gemeinderates konnten Informationen zur Vergabep Praxis von städtischen Wohnungen in Erfahrung gebracht werden. Dem Nachhaken der Interpellantin in der Ratssitzung verdanken die Jungen, dass der Stadtrat sich bereit erklärte, die Überarbeitung der Richtlinien «Jugendliche in Ausbildung» in der Prioritätenliste aufzuführen. Dem Braindrain wurde der Kampf angesagt. Aber auch andere Anträge und Vorstösse, welche für die Zuger Jugend (und Junggebliebenen) von direktem Interesse und Nutzen sind, sollen nach wie vor hervorgehoben und unterstützt werden – sei es im Parlament, in der Kommissions- oder Vorstandsarbeit verschiedener Vereinigungen.

Schweiz und Europa

Auf nationaler Ebene konnten wir uns vor allem durch das Mitwirken am gesamtschweizerisch bekannten Projekt Jugendsession und seinen Gefässen ein zweites politisches Standbein verschaffen. Seit zwei beziehungsweise bereits vier Jahren bemühen wir uns, die Petitionen der Jugendsessionen aktiv in die eidgenössischen Kommissionen und die Verwaltung zu tragen. Verschiedene Teilnahmen an Tagungen, Medienkonferenzen oder Kommissionssitzungen lehren uns den Umgang mit dem eidgenössischen Verwaltungsapparat und ermöglichen viele neue Bekanntschaften und interessante Kontakte. Nicht von ungefähr kam daher letzten Herbst die Einladung

der Schweizerischen Botschaft, in London mit einer fünfköpfigen Jugenddelegation für die Schweiz an der Local-Democracy-Week-Conference teilzunehmen.

Nicht minder geehrt fühlten wir uns, als wir auf dem World Wide Web die von uns vorgängig beantworteten Fragen zur Schweizerischen Jugendpolitik als offizielles Papier der Swiss Embassy wieder fanden. Es war spannend und sehr interessant zu hören, mit welchen Projekten man in England und anderen Ländern versucht, die Jugend in die politischen Prozesse einzubinden. Doch leider kämpfen die Jugendlichen fast überall mit einem zentralen Problem: Die Jugendpolitik ist auf die Unterstützung der Erwachsenen angewiesen. Dieselbe Erkenntnis zogen wir auch aus der Teilnahme am European Youth Camp, welches letzten Sommer in Fulda (D) stattfand. Der internationalen Jugendpolitik nicht genug, liegen für dieses Jahr auch schon wieder Einladungen nach Berlin



Lea Zehnder im Rathaus Zürich, Regionale Jugendsession 2003.

und Stirling in Schottland vor.

Junge Politik ist weit mehr als ein Verein auf dem Papier. Junge Politik lebt von Überzeugungsarbeit, Hartnäckigkeit und dem Willen etwas bewegen und verändern zu wollen – und dies auf unkomplizierte, jugendliche Art. Auch in diesem Jahr werden wir den Anliegen der Jungen versuchen mehr Gewicht zu geben. So findet zum Beispiel voraussicht-



Andreas Hürlimann ist seit 2001 in der Eidgenössischen Jugendsession aktiv. Seit 2003 präsidiert er das Forum Jugendsession.

lich am 10. September 2005 der zweite Jugendmitwirkungstag in der Stadt Zug statt (detaillierte Infos folgen). Das Forum Jugendsession setzt sich das ganze Jahr hindurch für die Forderungen und Anliegen der Jugendsessionsteilnehmerinnen und -teilnehmer ein und natürlich wird auch unsere «normale» Arbeit in Gemeinderat oder Parteivorstand weitergehen. ■



Mitglieder des Forums Jugendsession mit Joseph Deiss. Auch Andreas Hürlimann, Frische Brise Steinhausen, war dabei.

Lea Zehnder (23) sitzt als jüngste Zuger Gemeinderätin für die Alternative Fraktion im Grossen Gemeinderat der Stadt Zug. Damit verbunden ist die Mitarbeit in der stadträtlichen Kommission für Kinder- und Jugendfragen und im Vorstand des Vereins Zuger Jugendtreffpunkte. Sie ist Präsidentin des Jugendparlaments Zug und koordiniert das Projekt «Jugend Mit Wirkung» in der Stadt Zug. Auf eidgenössischer Ebene leitet sie eine politische Arbeitsgruppe des Forums Jugendsession.

Andreas Hürlimann (22) ist Vorstandsmitglied der Frischen Brise Alternative Steinhausen, Präsident des Forums Jugendsession, koordiniert das Projekt «Jugend Mit Wirkung» in Zug und Mitglied des kantonalen Jugendparlaments Zug.

Die Alternativen bleiben am Ball

Sieben statt vier Sitze im Parlament der Stadt Zug: ein toller Erfolg bei den letzten Wahlen mit weit reichenden Konsequenzen für die Alternative Fraktion. Neben mehr Zeitaufwand für die zusätzliche Kommissionsarbeit bedeutet dies mehr und bessere Information und mehr Mitbestimmung. Wichtig sind der direkte Draht in die Stadtregierung und die regelmässige stattfindenden strategischen Gespräche mit den Listenpartnern CSP und SP.

**Marianne Zehnder, Gemeinderätin und Fraktionschefin Alternative Fraktion, Zug
Bild Brigitte Weiss**

An einer ersten Retraite der neuen Fraktion gleich nach den Wahlen wurden Fraktionsziele und persönliche Ziele formuliert. Ziele setzen heisst, den Blick für das Wesentliche schärfen und Möglichkeiten schaffen, zu fokussieren und zu entlasten.

Das Alltagsgeschäft frisst zwar viel Zeit – unsere Energien wollten wir aber von Anfang an in eigene Ziele investieren. Schwerpunkte setzten wir da, wo viele Zugerinnen und Zuger der Schuh drückt ...

- mehr preisgünstiger Wohnraum
- Förderung Langsamverkehr
- verkehrsfreie Innenstadt
- gute und zahlbare familienergänzende Betreuungsangebote.

Unsere Mittel zum Erreichen der Ziele: sinnvolle politische Vorstösse, gute Kommissionsarbeit und vor allem parteiübergreifendes, vernetztes Arbeiten.

Erfolge feiern

Oft sind wir bei den Abstimmungen im Rat unterlegen, dank Fachkompetenz und guten Argumenten durften wir aber auch Erfolge feiern.

Bauen und Wohnen

Dank unermüdlichem Einsatz in der BPK wird das Guthirtschulhaus im Mingeriostandard gebaut. Die Siedlung Roost ist in Projektierung (400 städtische Wohnungen entstehen). Die überalterten Richtlinien zur Vergabe von städtischen Mietwohnungen sollen überarbeitet werden – «Jugendliche in Ausbildung» sollen in den Kriterienkatalog aufgenommen werden.

Verkehr

Die Minitunnel-Initiative, lanciert von der Gewerbevereinigung Pro Zug und unterstützt von den Alternativen, wurde eingereicht und mit 72 Prozent Ja-Stimmen angenommen. Die Rolltreppe Bahnhof–Metallunterführung konnte verhindert werden, die Bahnhofunterführung beim Glashof ist immer noch offen – leider wird die Velostation, für die wir uns besonders einsetzten, nicht gebaut. Auf die Silberstreifen bei der Strassensanierung Neugasse wurde verzichtet. Das Parkhaus Postplatz ist in Frage gestellt und wird vermutlich nicht gebaut.

Familienpolitik

Viel mehr Krippenplätze ist ein zentrales Anliegen unserer Fraktion. Mit der Eröffnung des Tagesheims Guthirt und der baldigen Eröffnung des Tagesheims im Herti VI ist die Situation ein bisschen entspannter. Endlich realisiert werden Blockzeiten und die Morgenbetreuung an allen Schulen. Auch der Mittagstisch für alle Schülerinnen und Schüler wird mit dem Neubau des Schulhauses Guthirt Realität. Die Skateboardanlage beim Podium 41 ist im Bau.

Grundrechte und Wählbarkeit

Dank unserer Hartnäckigkeit bei der Revision der städtischen Gemeindeord-

nung werden künftig auch städtische Mitarbeitende im GGR Einsitz nehmen können.

Am Ball bleiben

Die oben genannten Ziele behalten auch für die zweite Hälfte der Legislatur ihre Gültigkeit. Das Hauptaugenmerk liegt neben der Verkehrspolitik in Zugs Innenstadt (eine verkehrssarme Innenstadt wird zwar ohne Minitunnel nicht möglich sein, das Verbesserungspotential ist aber trotzdem gegeben) auf der Ortsplanungsrevision.

Neben den Fraktionszielen haben die einzelnen Fraktionsmitglieder ihre persönlichen Ziele formuliert.

Lea Zehnder setzt sich zum Ziel, Jugendlichen Politik schmackhaft zu machen. Sie ist aktiv beteiligt an der Realisierung des Forschungsprojektes «Klick» (www.jugendmitwirkung.ch), ist Mitglied der städtischen Kommission für Kinder- und Jugendfragen und Präsidentin des kantonalen Jugendparlament JUMP. Einsetzen will sie sich zudem für zusätzlichen Wohnraum für Jugendliche (Zwischennutzungen bei Neubauprojekten und Renovationen etc.). Grossen Wert legt sie auf die Zusammenarbeit mit Jugendarbeitern, Jugendpolitikern und Jungpolitikern.

Astrid Estermann will die Infrastruktur für Velos verbessern. In der Innenstadt sind fehlende Veloabstellmöglichkeiten (guter Standort und überdacht) erkannt und aufgegleist. Die Velowege in der Innenstadt sollen zusammenhängen. Die Glashofunterführung bleibt offen, dient als Zugang zu den Perrons und ist attraktiv gestaltet. Der Postplatz wird attraktiv gestaltet – ohne Parkhaus.

Patrick Steinle setzt seine Schwerpunkte im Herti-Quartier: Tempo 30-Zonen in Zug West sind in Planung. Konstruktiv und kritisch will er das Stadionprojekt begleiten, indem Quartier-



Immer am Ball – die Alternative Fraktion im Grossen Gemeinderat der Stadt Zug. Stehend von links nach rechts: Marianne Zehnder, Renata Amrein, Patrick Steinle, Astrid Estermann. Sitzend von links nach rechts) Stefan Hodel, Urs Meier, Lea Zehnder.

anliegen und Langsamverkehr berücksichtigt werden sollen. Als Familienvater setzt er sich ein für zahlbare, flexible ausserfamiliäre Kinderbetreuung (inklusive Nachmittagshort) in allen Schulkreisen.

Urs Meier, unser Baufachmann, achtet darauf, dass bei allen öffentlichen Liegenschaften nach Minergiestandard gebaut wird. Zusammen mit Astrid Estermann wird er sich in der Ortsplanung unter anderem dafür einsetzen, dass ...

- Arealbebauungen erst ab 3000 m² möglich sind;
- autofreie Siedlungen gebaut werden dürfen;

- Grünflächen erhalten bleiben (Gimeinen-Oberwil, Lorzenebene);

- Siedlungsgrenzen strikt eingehalten werden;

- die städtische Bevölkerungsgrenze für 2020 bei maximal 27'000 Menschen festgelegt wird.

Stefan Hodel wird sich den Oberwiler Themen annehmen, insbesondere dem Hochwasserschutz. Ausserdem verschafft er sich als Vizepräsident des GGR das nötige Wissen, um in der nächsten Legislatur den Rat als Präsident von Anfang an ruhig und kompetent leiten zu können.

Renata Amrein will als Behindertenbetreuerin ihr Fachwissen ins politische Tagesgeschäft einfließen lassen.

Marianne Zehnder setzt sich für mehr preisgünstigen Wohnraum ein. Der Boden für eine autofreie Siedlung soll bereit sein, die Siedlung Roost sieht sie als autoarme Siedlung, den Verkehr in der Innenstadt verlangsamt, das Parkhaus am Postplatz abgelehnt, die oberirdischen Parkplätze aufgehoben. Bei den nächsten Wahlen sind zwei zusätzliche Sitze in Reichweite, was die beiden linken Stadtratssitze sichern hilft. ■

Historischer Entscheid

Höhepunkt einer spannenden und intensiven Frühjahrsession war die erstmalige Ablehnung eines Rüstungsprogramms durch den Nationalrat. Der Autor stellt seine Tätigkeit in Tagesberichten vor, muss sich aber auf ein paar wenige der über 200 Abstimmungen beschränken.

**Josef Lang, Nationalrat Alternative, Zug
Illustration GSoA, Bild BULLETIN**

28. Februar: Zuhanden der Fragestunde vom 7. März wurde ich vorstellig wegen den aus meiner Sicht gesetzeswidrigen Rüstungslieferungen nach Botswana. Im Jahre 2004 haben sich die Rüstungsverkäufe nach Afrika verdoppelt. So stiegen die entsprechenden Exporte nach Botswana von 32,5 auf 60,8 Millionen Franken. In der gleichen Zeit fiel vor allem wegen der hohen Zahl an Aidstoten die Lebenserwartung von 32,3 auf 30,7 Jahre. Die Menschen in Botswana brauchen alles – ausser Rüstungsgüter.

1. März: Ich sammle Unterschriften für ein Postulat, das den Doppelspurausbau der Bahn zwischen Luzern und Zug verlangt. Alle 19 anderen Inner-schweizer Ratsmitglieder unterschreiben. Über den Nachmittag besuche ich eine Informationsveranstaltung zur verfassungs- und menschenrechtswidrigen Verschärfung des Asylrechts. Der Sanktgaller CVP-Ständerat Eugen David zeigt sich entsetzt über die unchristliche und unliberale Haltung seiner Fraktionskollegen in der vorberatenden Kommission. Am Nachmittag haben wir Fraktionssitzung. Am Abend besuchen ein paar an der Dritten Welt interessierte Parlamentsmitglieder die Vorführung eines bolivianischen Spielfilms. Ich fühle mich bestätigt, dass nur schlechte Filme ergreifende Filme sind.

2. März: Unter anderem werden Verwaltungsratsmandate und Geschäftslei-

tungen etwas transparenter gestaltet. Über den Nachmittag besuche ich eine Veranstaltung zur Wohnfrage. Armin Jans stellt eine interessante Studie vor, die ich gleich ins Votum zum Thema «Armutsrisko Kinder» einbaue (s. Kasten).

3. März: Um sieben Uhr morgens findet eine ausserordentliche Sitzung zur Beschaffung der Transportflieger statt. Die Mehrheit der Sicherheitspolitischen Kommission schlägt dem Nationalrat schon wieder vor, dem Ständerat zu folgen und die Flieger zu kaufen. Das VBS stellt immer mehr das Argument der Ausschaffung von Flüchtlingen ins Zentrum, um so die SVP zu gewinnen. Ich protestiere heftig gegen die intensive Einzelabreibung von Parlamentsmitgliedern durch hohe Militärs. Gleichzeitig mache ich mich lustig darüber, dass die SVP-Mitglieder vom Armeechef bearbeitet werden, während sich die Linken mit Divisionären begnügen müssen.

Transportflieger, Goldschatz und Kinderzulagen

7. März: Bundesrats Deiss beantwortet meine Botswana-Frage mit dem Hinweis, dass es Sache der Regierung von Botswana sei, darüber zu entscheiden, was sie mit den öffentlichen Finanzen mache. Die Grüne Fraktion deckt den Volkswirtschaftsminister aus dem Kanton Freiburg mit kritischen Fragen zu Galmiz ein. Während wir Grünen den Helikopter-Einsatz in Sumatra gutheissen, weil er völlig im Dienste der UNO stand, lehnen wir den in Bosnien ab. Ich bekämpfe zusätzlich den Kauf von zwei Transportflugzeugen. Bei beiden Voten gehe ich auf den Umstand ein, dass der Bundesrat mein von 103 Ratsmitgliedern unterzeichnetes Postulat für den Ausbau der humanitären Minenräumung in Bosnien ablehnt. Für diese gibt der Bund 545 mal weniger aus, als die beiden spanischen «Casas» kosten. Zum wiederholten Mal führe ich den

Nachweis, dass die militärischen Auslandseinsätze nicht den Menschen, sondern den Militärs dienen (s. Kasten). Am Abend findet im Haus von Kurt Grüter, dem grünen Chef der eidgenössischen Finanzkontrolle, der traditionelle «Zuger Abend» statt.

8. März: Unter grosser Spannung wird die Abstimmung über die Transportflugzeuge durchgeführt. Trotz dem intensiven Lobbying fällt die Abstimmung mit 91 zu 79 recht deutlich aus. Zu den neun SP-Mitgliedern, die ja stimmen, gehört der ehemalige Armeegegner Andi Gross. Mit 129 zu 11 Stimmen wird ein Verpflichtungskredit von einer Milliarde für den Anschluss der Ost- und Westschweiz an das Hochgeschwindigkeitsnetz gutgeheissen. Da ich das Fliegen für umweltschädlicher als das Bahnfahren halte, stimme ich zu.

9. März: Meine Fraktion lehnt gemeinsam mit einer SP-Minderheit das Bundesgesetz zur Exportrisikogarantie ab. Einerseits finden wir es falsch, dass der Staat für die Privatwirtschaft solche Risiken übernimmt. Andererseits vermischen wir den Einbau von entwicklungspolitischen, menschenrechtlichen und ökologischen Auflagen. Weiter sammle ich 70 Unterschriften für die Veröffentlichung des bislang geheim gehaltenen Cornu-Berichts über die Zusammenarbeit der Schweizer Geheimmarmee P-26 mit ausländischen Geheimmarmeen. Über den Mittag treffen sich vier Parlamentsmitglieder mit der Leitung des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes. Unsere Themen sind die SUVA, die AHV und das Bundespersonal.

10. März: Morgens um sieben Uhr veretrete ich gemeinsam mit Ruth Genner die Grüne Fraktion in der Wirtschaftskommission zum Thema Bundesanteil am Goldschatz. Mit meinem Antrag, fünf Sechstel für die IV und ein Sechstel für die Wiederaufbauhilfe und die Armutsbekämpfung in der Dritten Welt



einzusetzen, habe ich keine Chance. Das Hauptthema im Nationalrat sind die höheren Kinderzulagen, die ich als einziger Zuger Nationalrat unterstütze. Bei der Diskussion um das Eintreten auf den Gegenvorschlag, der etwas weniger weit geht, frage ich Marcel Scherer, der gegen die «Verstaatlichung der Kinder» ausruft, wann er etwas gegen die «Verstaatlichung der Bauernkinder» zu tun gedenke. Der Rat quittiert die Intervention

mit Gelächter und Beifall. Wie rechts die Zuger Bürgerlichen in der helvetischen Politlandschaft stehen, zeigt sich im Umstand, dass Scherer der Hauptsprecher der Rechten ist und Gerhard Pfister aus seiner Fraktion rechts aussichert.

Am Freitag und Samstag nehme ich an einer gemeinsamen Retraite mit Leuten aus Gewerkschaften und Sozialwissenschaft im Rotschuo bei Brunnen teil. Mit Dana Zumr, Hanspeter Uster und

Armin Jans ist die Zuger Linke stark vertreten. Ruth Dreifuss bestärkt mich in meinen Vorbehalten gegen einen neuen humanitär verbrämten Kolonialismus.

Gentech, Mischindex und Rüstungsprogramm

14. März: Die Sicherheitspolitische Kommission muss wegen der Unnachgiebigkeit des Ständerates schon wieder eine

Fliegende Multioptionengesellschaft

Das zweite von vier Voten Josef Langs gegen die Beschaffung der beiden militärischen Transportflugzeuge im Wert von 109 Millionen Franken. Gehalten wurde es am 7. März 2005:

«Letztes Jahr hat die Schweiz für die humanitäre Minenräumung gesamt haft 1,485 Millionen Franken ausgegeben. Mit dem Geld, das allein die beiden Transportflugzeuge kosten, könnte das humanitäre Engagement für die elementarste menschliche Sicherheit um das 73-fache gesteigert werden. Kommt dazu, dass mit der Produktion von Minenräumungsgeräten in der dafür spezialisierten RUAG sinnvolle Arbeitsplätze geschaffen werden könnten. Dass eine derartige Ausweitung der humanitären Minenräumung bedeutend mehr Menschen bedeutend mehr bringen würde als der Kauf von zwei Transportflugzeugen, liegt auf der Hand. Da-

mit wäre der humanitäre Vorwand, der für die Flugzeuge eingebracht wird, bereits erledigt.

Aber die immer dicker werdenden Dossiers des VBS haben aus den CASAs C-295 eine Art fliegende Multioptionengesellschaft gemacht. Zusätzlich zu den militärischen Auslandseinsätzen, die anfänglich im Zentrum standen, drängten sich in letzter Zeit Optionen nach vorn, die mindestens so stark auf die Fraktionen wie auf die Flieger zugeschnitten sind. Beispielsweise: «Rasches Verlegen von Polizeiverstärkungen an Ort von Krawallen, evtl. grenzüberschreitend». Mit den beiden CASAs landen wir schneller im Polizeistaat! Beispielsweise: «Flüge mit CASA C-295 zugunsten von Gefechtsübungen von Schweizer Truppen in Schweden und Österreich – inkl. Transport von militärischer Ausrüstung und Munition». Ein drittes Land, das gleich danach erwähnt wird, ist die Türkei. Wer

mit diesem militärischen Ausgreifen seine liebe Mühe hat, verzichtet besser auf die beiden CASAs. Beispielsweise: «Ausschaffung von abgewiesenen Asylbewerbern (Sammeltransporte) mit 1 CASA C-295 ab Emmen/Payerne ins Ausschaffungsland». Ich bin mit der CASA von Dübendorf nach Belp geflogen und konnte mir danach schwer vorstellen, wie ein solcher Flug über Tausende von Kilometern zu überstehen ist. Bis ich im jüngsten VBS-Dokument auf die Bemerkung gestossen bin: «Denkbar auch für VIP-Transporte». Dazu steht die praktische Anleitung: «mit Komfortausrüstung für zivile Passagiere (spezielle Kabinenbestuhlung)». «Sammeltransporte» für Flüchtlinge und ein paar Zeilen weiter unten: «Kabinenbestuhlung» für VIPs. Die CASAs verkörpern zusätzlich zur Multioptionengesellschaft die Klassengesellschaft und die globale Apartheid dazu.»



So gemütlich zum Zeitung lesen wie hier in Porto Alegre beim Weltsozialforum kam Josef Lang an der Nationalrats-Frühlingsession nicht ...

Sondersitzung zu den Transportfliegern durchführen. Alle wissen, dass der Nationalrat zum dritten Mal Nein stimmen wird. Das passiert eine Stunde später, wobei der Unterschied zwischen der Nein-Mehrheit und der Ja-Minderheit von 12 auf 18 anwächst. Jetzt sollte auch dem beschränktesten Militärkopf klar geworden sein, dass ein Beharren auf den Transportfliegern das ganze Rüstungsprogramm in Frage stellt. In der Fragestunde hat Bundesrat Deiss versucht, meine Befürchtung zu zerstreuen, in die Vereinigten Emirate exportierte Panzer könnten im Irak landen.

15. März: Um sieben Uhr treffe ich mich mit Simonetta Sommaruga, Cécile Bühlmann sowie den beiden «Mais im Bundeshaus»-Stars Maja Graf und Josef Kunz zu einer Aktion für gentechfreie Landwirtschaft. In der Kinderzulagen-Diskussion votiere ich dafür, dass die Teuerung ähnlich wie bei der AHV über den Mischindex ausgeglichen wird. Weil der Nationalrat auf die Goldschatz-Vorlage gar nicht eintritt, fällt mein Minderheitsantrag zugunsten von IV und Dritter Welt vorläufig aus Abschied und Traktanden. Am Abend findet eine gemeinsame Veranstaltung von sozialdemokratischer und grüner Fraktion zum Thema «rotgrüne Städte» statt.

16. März: Das brisanteste Thema ist die Auflösung des Goldschatzes, wozu ich im Namen der Grünen Fraktion eine

dringliche Interpellation eingereicht habe. Am illegalen und illegitimen Entschcheid des Bundesrates kritisiere ich unter anderem, dass er auf Kosten der künftigen Generationen geht, die nun nicht mehr über dessen Verwendung befinden können. Über den Mittag besuche ich die vom Aargauer SVP-Politiker Ueli Siegrist geleitete Gruppe gegen Rassismus und Antisemitismus. Daran nimmt auch die Zugerin Doris Angst, die Leiterin der Antirassismuskommission, teil.

Hohe Mietkosten und Armutsrisiko Kinder

Ein Ausschnitt aus dem Votum Josef Langs zugunsten gesamtschweizerischer Kinderzulagen vom 10. März:

«Wenn Kinder zum grössten Armutsrisiko geworden sind, hängt das entscheidend mit einem Faktor zusammen, über den viel zu wenig diskutiert wird. Vielleicht weil er politisch schwerer beeinflussbar ist, als es beispielsweise die Krankenkassenprämien sind oder wären. Die Miete ist mit einem durchschnittlichen Anteil von 20 % der weitestwichtigsten Posten im helvetischen Warenkorb. Er wiegt damit doppelt so schwer wie in der EU.

Dieser schweizerische Sonderfall trifft die Familien besonders stark, weil

Unser Thema lautet: Wie begegnen wir fremdenfeindlicher Propaganda in den kommenden Abstimmungskämpfen über die Bilateralen II?

17. März: Um sieben Uhr morgens tagt die Einigungskonferenz von je 13 National- und Ständeräten zur Fliegerbeschaffung. Obwohl CVP und FDP klar ist, dass ein Beharren auf den beiden Rüstungsgeräten das ganze Rüstungsprogramm zum Absturz bringt, bleiben sie hart – unterstützt von den beiden SP-Ständeräten. Zu den Hardlinern an der Konferenz gehört der neben mir platzierte Peter Bieri. Zwei Stunden später schickt der Nationalrat die Flieger und damit das ganze Rüstungsprogramm bachab, diesmal mit 97 zu 82 Stimmen. Bundesrat Samuel Schmid, der gegenüber unsicher scheinenden Parlamentenmitgliedern über zwei Wochen einen riesigen Druck aufgebaut hat, versucht den historischen Entscheid herunterzuspielen. Es bleibt ihm auch nichts anderes übrig, sonst müsste er den Hut nehmen. ■

Kinder Platz brauchen. Und je mehr Raum ihnen beispielsweise der Moloch Verkehr draussen wegfrisst, desto mehr Platz benötigen sie drinnen. Eine extrem hohe Belastung bedeutet die Miete für Einkommen unter 4000 Franken. Bei den niedrigen Einkommen macht sie 30 bis 45 Prozent des Warenkorb aus. Wenn laut Unicef die Kinderarmutsrate in unserem Land 7 Prozent beträgt, hat das entscheidend mit den extrem hohen Wohnkosten zu tun. Da weder der Markt noch der Staat fähig oder bereit sind, den Familien mit ihrem grossen Raumbedarf genügend preisgünstige Wohnungen zu bieten, stehen sie erst recht in der Pflicht, die Familien über Kinderzulagen in entsprechender Höhe zu entlasten.»

Ja trotz allem

Die Grüne Partei Schweiz hat anlässlich der kommenden Volksabstimmung vom 5. Juni verschiedene Personen zu Schengen/Dublin befragt. Darunter auch Regierungsrat Hanspeter Uster. Er beantwortet drei Fragen, die sich auf die möglichen Folgen eines Beitritts zu Schengen/Dublin beziehen.

Interview Gabriela Bader, Fraktionssekretärin Grüne Partei Schweiz
Bild istockphoto.com

Gabriela Bader: Es gibt eine Reihe von problematischen Punkten betreffend Schengen/Dublin. Was sind deiner Einschätzung nach die negativen und positiven Folgen eines Beitritts oder Nicht-Beitritts zu Schengen/Dublin?

Hanspeter Uster: Die grundsätzliche Grenzöffnung macht den ganzen Raum zum Kontrollraum. Das verstärkt die Tendenzen, dass Sicherheit zunehmend als Ergebnis von Kontrollen und Abwehr verstanden wird, statt die viel wichtigeren sozialen und gesellschaftlichen Grundlagen von Sicherheit zu fördern. Vergessen wir nicht: Schengen/Dublin ist letztlich ein Projekt der «Festung Europa». Eine «Festung Schweiz» ist jedoch keine Alternative.

Die bisherige Pro-Argumentation ist zu stark auf Kontrolle und Abwehr ausgerichtet und unterschlägt ein ganz gewichtiges Argument für ein Ja fast vollständig: Die Schweiz muss mit der Schengen-Umsetzung ihr Waffenrecht in zwei gewichtigen Punkten, welche die Waffenlobby immer bekämpft hat, verschärfen. Neu untersteht auch der private Erwerb der Waffenerwerbsscheinpflcht, und für jede Waffenübertragung besteht eine Meldepflicht bei der zuständigen kantonalen Behörde. Die Zuger Regierung hatte sich in den beiden Vernehmlassungen zur Waffengesetzrevisi-on stark für diese Kernpunkte eingesetzt,



Schengen/Dublin bringt ein schärferes Waffenrecht für die Schweiz.

die Vorlagen wurden von Bundesrat Blocher jedoch schubladisiert. Mit Schengen/Dublin würden nun immerhin diese zwei wichtigen Punkte umgesetzt.

Die überwiegende Mehrheit will in der Schweiz ein schärferes Waffenrecht; bei den Frauen ist der Prozentsatz noch höher. Allein aus Angst vor der lautstarken und gut organisierten, aber minoritären Waffenlobby darf ein wichtiges Argument für Schengen/Dublin nicht verschwiegen werden, denn es ist mehrheitsfähig.

Bader: Wie schätzt du die Situation für Flüchtlinge künftig ein?

Uster: Einerseits verschlechtert die Zweitasyugesuchregelung die Situation, andererseits gibt es im EU-Raum Mindeststandards im Asylrecht. Das Dubliner Abkommen verpflichtet die Schweiz, die europäischen Zuständigkeitskriterien für die Behandlung von Asylgesuchen zu übernehmen. Bei weiteren Verschärfungen des Asylrechts, die nicht nur aus dem EJPD, sondern mit den neusten Vorschlägen des Ständerates auch von diesem zu befürchten sind, kann mit «Dublin» von der individuellen Gesuchprüfung nicht zugunsten einer reinen Kontingentslösung abgewichen werden.

Bader: Wie sollen Alternative und Grüne am 5. Juni 2005 abstimmen?

Uster: Mit einem Ja zu Schengen/Dublin wird zwar der bilaterale Weg betont, ein EU-Beitritt mit der vollen Mitbestimmung rückt aber in weite Ferne. Ein Nein würde jedoch aufgrund der massiven AUNS/SVP-Kampagne als ein Nein zu jeglichem Öffnungsschritt gegenüber Europa verstanden. Deshalb bleibt uns Alternativen und Grünen – ohne Euphorie – nur ein Ja, auch wegen der wichtigen Schritte im Waffenrecht. ■

Empfehlung der Grünen Partei Schweiz zu Schengen/Dublin

Der Vorstand der Grünen Schweiz empfiehlt der Delegiertenversammlung vom 16. April in Wil die Ja-Parole zum Bundesbeschluss über die Genehmigung und die Umsetzung der bilateralen Abkommen zwischen der Schweiz und der EU über die Assoziierung an Schengen und an Dublin vom 17. Dezember 2004. Zu Schengen/Dublin sagt der Vorstand mit 15 Stimmen Ja, bei einem Nein und 4 Enthaltungen.

Gegen das Krötenschlucken

Der BULLTIN-Artikel «Weiter im Text» vom Dezember 2004 ortet Widerstände gegen Schengen/Dublin nur bei der SVP und ihrer Kampftruppe AUNS, die gegen das Schengen/Dublin-Paket das Referendum ergriffen haben. Autor Philipp Bischof «vergisst» dabei die linke Kritik am Europa der «inneren Sicherheit» und der Abschottung gegen Flüchtlinge und Einwanderer.

**Heiner Busch, Solidarité sans frontières und Vorstandsmitglied des deutschen Komitees für Grundrechte und Demokratie
Bild istockphoto.com**

«Beitreten oder nicht?» Diese Frage beherrscht die schweizerische Diskussion um die EU und blockiert jede kritische Auseinandersetzung mit ihrer Politik. Für die SVP ist alles, was nur entfernt nach Europa riecht, von übel: Für die parlamentarische Linke – egal ob sozialdemokratisch oder grün – hat die EU mittlerweile den Stellenwert eines «gelobten Landes». Sie verkauft selbst das Schengen/Dublin-Paket als «Öffnungsprojekt» und vergisst dabei, dass dieses Paket nicht auf Druck der EU, sondern auf Drängen der Schweiz – konkret des damals von Ruth Metzler geführten EJPD – in die bilateralen Verhandlungen aufgenommen wurde. Spätestens die Symbolik, mit der jetzt die Polizeidirektoren für dieses Projekt werben, müsste bei Linken Verdacht erregen: Auf dem Rücken gefesselte Hände waren noch nie ein Zeichen für mehr Freiheit und Offenheit. Was also brächte der Schengen/Dublin-Beitritt?

Offene Grenzen – von Fall zu Fall

Glaubt man Philipp Bischof, so besteht das Schengener «Hauptziel» darin, «sy-

stematische Grenzkontrollen der einzelnen Länder aufzuheben, um den flüssigen grenzüberschreitenden Reiseverkehr ... zu garantieren ...». Im Schengener Durchführungsübereinkommen (SDÜ) taucht dieses Ziel nur mehr im Titel und in Artikel 2 Absatz 1 auf: Danach können die Binnengrenzen – das hiesse dann auch die Grenzen des Binnenlandes Schweiz – an jeder beliebigen Stelle und zu jeder Zeit ohne Kontrolle überschritten werden. Schon in Absatz 2 desselben Artikels wird dieses Recht eingeschränkt: Kontrollen können wiedereingeführt werden bei Gefahren für die «öffentliche Ordnung» und die «nationale Sicherheit». Dies ist regelmässig bei grösseren Fussballspielen und Demonstrationen der Fall.

Zudem betreiben die meisten EU-Staaten Ersatzgrenzkontrollen im Landesinnern: So hat Deutschland in seinen Landespolizeigesetzen und im Bundesgrenzschutzgesetz eine «Schleierfahndung» verankert: In einem rückwärtigen Grenzraum von 30 km sowie im überregionalen Verkehr sind «verdachts- und ereignisunabhängige Kontrollen» möglich. Kontrolliert wird nach dem (ausländischen und jugendlich-unangepassten) Aussehen und auf gut Glück.

Die Schweiz hat sich folgende Lösung ausgedacht: Weil weiterhin keine Zollunion mit der EU besteht, gibt es weiter Warenkontrollen an der Grenze und in deren Zusammenhang «natürlich» auch Personenkontrollen. Zusätzlich will man jedoch eine Schleierfahndung. Die erste hierfür angedachte Variante war ein Grenzstreifen von 30 km, der von der Schweiz nur mehr ein Reduit übrig gelassen hätte. Zu peinlich. Darum wird die neue Variante erst gar nicht mehr räumlich begrenzt. Grenzwachtkorps (GWK) und Kantonspolizeien sollen sich über die Arbeitsteilung bei den Kontrollen ohne Verdacht einigen. Das GWK wirbt offen damit, dass ein Abbau der Kontrollen an der Grenzlinie mehr



Ressourcen im Hinterland freimacht. Fazit: Kein Abbau der Grenzkontrollen, dafür aber mehr Kontrollen im Inland.

Datenzauber

Philipp Bischof schreibt, Schengen biete «mit dem computergestützten Fahndungssystem SIS ein effizientes Instrument zur Bekämpfung grenzüberschreitender Verbrechen.» Anfang 2004, so ergab eine Anfrage der PDS-Abgeordneten Petra Pau im Deutschen Bundestag, enthielt das Schengener Informationssystem SIS 9,7 Millionen Sachfahndungen und 874'032 Personendatensätze. Nur bei 1,6 Prozent – also 13'826 Personen – lautete der Fahndungszweck «Festnahme mit dem Ziel der Auslieferung».

Nur bei diesen lag ein internationaler Haftbefehl vor, nur sie waren einer auslieferungsfähigen Straftat (ein Jahr Mindeststrafandrohung) beschuldigt. 775'868 Personen (89 Prozent der Ausgeschriebenen) waren dagegen im SIS gespeichert, weil sie als unerwünschte «Drittausländer» an den Aussengren-



Heiner Busch: «Mit Schengen/Dublin verschärft sich die Situation für Asylsuchende.»

Der Datensatz bliebe zehn Jahre gespeichert, egal ob die betreffende Person ein Visum erhält oder nicht. Eine merkwürdige Form, Besucherinnen und -besucher zu begrüßen und in Erinnerung zu behalten.

Abbau des Asylrechts

Hinzu kommt das seit Ende 2002 betriebene System «Eurodac», in dem Fingerabdruck-Daten sämtlicher Asylsuchender und sämtlicher entdeckter Sans-papiers erfasst und automatisch verglichen werden. Der Abgleich zeigt an, ob eine Person bereits ein Asylgesuch gestellt oder sich schon einmal illegal in der EU und ihren Dubliner Partnerstaaten aufgehalten hat. «Eurodac» ist damit das technische Rückgrat des Dubliner Erstasylabkommens bzw. der entsprechenden EU-Verordnung («Dublin II»).

Diese erlaubt nur noch ein Asylgesuch pro Person – und das in einem Raum, der demnächst von Gibraltar bis Bialystok reicht. Das Gesuch ist in der Regel in dem Staat zu stellen, in dem der Flüchtling zum ersten Mal den Dublin-Raum betritt. Sinn dessen ist laut Philipp Bischof «der Abbau von Ineffizienzen, welche durch Mehrfachgesuche entstehen.» Ist es ein Zeichen von Ineffizienz, wenn Asylsuchende, die in einem Land abgewiesen wurden, in einem anderen Land ein Nachfolgegesuch stellen?

Unterschiedliche Asylpraxis und Interessen

Doch wohl kaum: Bisher hat es immer wieder Flüchtlinge gegeben, die beispielsweise in Deutschland abgelehnt, aber in der Schweiz anerkannt wurden – und umgekehrt. Der Grund dafür liegt vor allem in der unterschiedlichen Praxis und in den darin zum Ausdruck kommenden unterschiedlichen innen- und

aussenpolitischen Interessen der Staaten. Diese Unterschiede verschwinden auch durch die asylrechtliche Angleichung nicht, welche die EU derzeit betreibt, umso mehr als die Schweiz auch bei einem Dublin-Beitritt nicht an der gemeinsamen Asylpolitik teilnehmen würde. Nur eine Chance im gesamten «Dublin»-Raum heisst deshalb für viele Asylsuchenden nichts anderes als gar keine Chance.

Theoretisch gäbe es bei einem Dublin-Beitritt im Binnenland Schweiz nur noch Asylgesuche von Personen, die auf dem Luftweg eingereist sind. Praktisch bedeutet es, dass Asylsuchende noch mehr als bisher gezwungen sind, ihren Fluchtweg zu verschleiern. Sie riskieren damit einen Nicht-Eintretensentscheid (NEE) und den Ausschluss aus der Fürsorge.

«Ohne Beitritt zu Dublin», so befürchtet Bischof, «müsste in der Schweiz mit einseitigen Abschreckungsmassnahmen gerechnet werden, um Zweitgesuche von in der EU abgelehnten Asylsuchenden ‚abzuwehren‘.» Ein obsoletes Argument: Bereits heute sind diese Abschreckungsmassnahmen aufgegleist. Eben hat der Ständerat, auch die Nothilfverweigerung ins offizielle Abschreckungsinstrumentarium des Asylgesetzes aufgenommen.

Nein zu Schengen/Dublin als Konsequenz

Unter grundrechtlichen Gesichtspunkten kann es deshalb nur ein Nein zu Schengen/Dublin geben. Solche «unheiligen Allianzen» mit der SVP haben uns auch nicht gestört, als wir mit der GSoA gegen das Militärgesetz kämpften. Mit dem linken Nein zu diesem repressiven Paket handeln wir nicht anti-europäisch, sondern stellen uns an die Seite der links-libertären Opposition in der EU. Ganz europäisch, und zwar längst vor dem EU-Beitritt. ■

zen zurückgewiesen werden sollen. Bei ihnen handelt es sich grossteils um abgewiesene und ausgeschaffte Asylsuchende. Von Verbrechen keine Rede. Das SIS ist daher in erster Linie ein technisches Instrument zur Perfektionierung der Abschottung, und nicht eines zur Strafverfolgung.

Mit dem für 2007 geplanten Aufbau des «SIS der zweiten Generation» erhalten mehr Behörden Datenzugriff, werden zusätzliche Daten (Fotos, Fingerabdrücke, DNA-Formeln) in den einzelnen Datensätzen aufgenommen und neue Datenkategorien eingeführt: Im Gespräch ist dabei unter anderem eine Kategorie von «gewalttätigen Störern», deren Teilnahme an einschlägigen Ereignissen – Sportveranstaltungen, Demos – verhindert werden soll.

Parallel zum SIS 2 bauen die Schengen-Staaten ein Visumsinformationssystem auf. Jede Person, die für den Schengen-Raum ein Visum beantragt, soll bereits bei der Antragstellung unter anderem biometrische Daten (Fingerabdrücke, Gesichtsgeometrie) abliefern.

Kino



FLIZ- Programm April bis Juni 2005



Montag, 11. April: QUE SERA? von Dieter Fahrer, CH 2004

Eine Kindertagesstätte und ein Altersheim unter einem Dach – in der «Schönegg» in Bern ist eine Utopie Alltag geworden. Nicht bloss als sozialpolitisches Experiment, sondern als Metapher für

Tod und Wiedergeburt. Wären die verschiedenen Altersgruppen wie hier mehr zusammen, würde das bereichern und Werte schaffen, die allmählich in Vergessenheit geraten sind.

Dieter Fahrer ist anwesend!



Montag, 9. Mai: ACCORDION TRIBE von Stefan Schwietert, CH / A 2004

Fünf eigenwillige Musiker aus verschiedenen Ländern

formieren sich zum «Accordion Tribe» und vollbringen das Kunststück, ihr lange verschmähtes Instrument wieder in jenes Kraftwerk der Gefühle zu verwandeln, als das es einst in aller Welt Verbreitung fand. Der Film folgt erregenden Klanglandschaften von trancehafter Intensität. Stefan Schwietert ist anwesend!



Montag, 13. Juni: NAMIBIA CROSSING, Spirits and

Limits; von Peter Liechti, CH 2004

12 Musiker und Sängerinnen aus Namibia, Zimbabwe, Angola, der Schweiz und Russland gehen zusammen auf Tournee und müssen sich genau so von Grund auf neu erfinden wie das Land, das (ehemals Deutsch Südwestafrika) 1990 unabhängig wurde. Die gemeinsame Suche nach den tieferen Quellen von Musik wird eine Grenzerfahrung jedes Einzelnen, vor allem durch die Begegnung mit den lokalen Musikgruppen.

Peter Liechti ist anwesend! Kurzes Konzert von Hans Hassler. ■

DAS BULLETIN des alternativen Zug

Home Foren Abo Links Service

Aktuell

Die andere Disco mit DJ Anthony

Wir laden ein zur GV und anschliessender - fast schon zur Tradition gewordener - Disco ein.

Freitag, 18. März 2005

GV 19.30 - 20.00 Uhr
Disco 20.00 - 24.00 Uhr

Eintritt: Sfr. 10.-

Siebbachsstr. 1, Chamerstrasse, Zug

Tanzen, Trinken, Essen, Diskutieren, Lachen, Leute wiedersehen, ...

Die Alternativen des Kantons Zug freuen sich auf viele Bewegte!

Live! zum Weiterenden an Freunde und Bekannte ...

DAS BULLETIN des alternativen Zug

DAS BULLETIN des alternativen Zug wird von folgenden Gruppen
 Sozialistisch-Grüne Alternative des Kantons Zug, Kritisches Forum Cham, Frische Brise
 Steinhausen, Gleis 3 Risch / Rotkreuz, Freie Wähler Menzingen, Forum Oberägeri

Die Redaktion recherchiert zu politischen und gesellschaftlichen Themen aus dem Kanton Zug und der Schweiz. Sie nimmt aktuelle Themen der alternativen Gruppierungen aus den einzelnen Zuger Gemeinden auf. DAS BULLETIN fördert das politische Bewusstsein der Bevölkerung und trägt zur Meinungsbildung bei.

DAS BULLETIN setzt sich mittels seiner Publikationen ein für die Förderung und den Erhalt von Lebensqualität im Sinne von:

- Sozialer Gerechtigkeit, Schutz von sozial Benachteiligten
- Ökologischer Nachhaltigkeit, Schutz von Lebensräumen und der Natur
- Gleichwertigkeit von Geschlecht und Rasse
- Verantwortung des Einzelnen gegenüber der Gesellschaft und Verantwortung der Gesellschaft gegenüber dem Einzelnen

Aktuelle Ausgabe

Nummer 4 | Dezember 2004

DAS BULLETIN erscheint viermal jährlich. Die Redaktion arbeitet ehrenamtlich. Die WEMF beglaubigte Auflage beträgt 1069 Exemplare. Die gedruckte Auflage liegt durchschnittlich bei ca. 1300 Exemplare. Redaktionsschluss und Erscheinungsdatum der neuen Nummer sind im Impressum der jeweils letzten Ausgabe ersichtlich.

www.bulletin-zug.ch

Das BULLETIN hat eine eigene Website. Leserbriefe, ein Diskussionsforum, das komplette Archiv aller Bulletins seit 1993. Der Besuch lohnt sich!

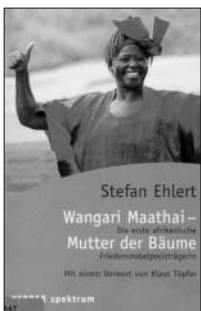
Buch



Aus-Lese

Georgette Schmid Mediathekarin kbz

Regelmässig werde ich im Buechlade Cham von zwei kompetenten Frauen auf Bücher aufmerksam gemacht, die nicht auf der Bestsellerliste im Internet stehen. Beim Schmökern stosse ich auf vier Lebensgeschichten von Menschen, die an Grenzen gehen und sich mit aller Kraft für ihre Ideen und Träume einsetzen.



Stefan Ehlert beschreibt das Leben der ersten Friedensnobelpreisträgerin Afrikas: **«Wangari Maathai – Mutter der Bäume»**. Am Fuss des Mount Kenia aufgewachsen spürt sie früh die Bedeutung des Waldes und der Bäume. Der Feigenbaum zum Beispiel gilt beim Kikuyuvolk als heilig. Mit einem Stipendium besucht sie in Kansas (USA) ein katholisches Mädcheninternat und studiert in Pittsburgh Biologie. Zurück in Afrika assistiert sie einem deutschen Professor und erhält Gelegenheit, sich in Deutschland weiter auszubilden. Selber Professorin, beginnt sie sich auch

in der Politik zu engagieren und setzt sich allen Widerständen zum Trotz für Menschenrechte und Umwelt ein.

Ihr Wahlspruch lautet: Wir säen den Samen für den Frieden jetzt und in der Zukunft. Mit 64 Jahren macht sie weiter getreu dem zweiten Motto: Hilfe zur Selbsthilfe!



Eine andere tapfere Frau lernen wir in der Person von **Vera Bohle** mit **«Mein Leben als Minenräumerin»** kennen. Was Männer auf Befehl grausamer Regierungen in die Erde gelegt haben, kann nur unter grössten Vorsichtsmassnahmen, aber trotzdem mit Todesrisiko wieder entschärft werden. Als TV-Korrespondentin und Cutterin musste die junge Frau von den Gräueln in Krisengebieten berichten. Um dort zu helfen, entschliesst sie sich Minenräumerin zu werden. Sie besucht die Sprengschule in Dresden und wird schon bald im Balkan, später in Mosambik und Afghanistan eingesetzt, um die ansässigen Bewohner auszubilden und bereits geräumte Gebiete zu kontrollieren, damit dort ein geordnetes Leben wieder möglich ist. Man begreift

kaum, mit welcher Perfidie die Sprengkörper ausgelegt werden, um Menschenleben auszulöschen. **Vera Bohle** geht sehr diszipliniert ans Werk und hat Erfolg bei ihrer Arbeit. Sie schildert ihr Leben spannend, doch es bleibt zu hoffen, dass ihr Einsatz bald nicht mehr nötig sein wird.



Jugendliche haben Visionen und Träume. In **«Lionheart mit vollen Segeln um die Welt»** erzählt der achtzehnjährige Australier **Jesse Martin** Erlebnisse und Abenteuer auf einem Törn. Um das Schiff und die ganze Ausrüstung zu finanzieren, macht er mit seinem Bruder Beau eine Exkursion nach Papua-Neuguinea, wo sie für die Zeitschrift New Globe fotografieren. Die dortige Tierwelt ist sehr vielseitig. Für die praktische Vorbereitung bietet sich Jesse die Gelegenheit, für fünf Monate auf einem Segler von Belize aus durch den Panamakanal zu den Galapagos-Inseln zu schippern. Per Fernunterricht prägt er sich den Schulstoff ein. Seine Eltern unterstützen ihn ideell und materiell, da nicht alle Kosten von Sponsoren abgedeckt wer-

den. Endlich startet er zur 328 Tage langen Reise, die er im Tagebuch festhält. Eindrückliche Fotos runden den humorvollen Bericht ab.



Im Buch **«Der Fluss»** von **Gary Paulsen** geht es noch mal um eine Abenteuerstory und ums Überleben. Bereits in seiner früheren Erzählung **«Allein in der Wildnis»** ist der fünfzehnjährige Brian nach einem Flugzeugabsturz auf sich selbst gestellt und findet den Weg zurück. Zwei Jahre später wird er von einem Psychologen angefragt, ob er nochmals eine solche Überlebensübung machen würde, um Leuten zu helfen, die in eine ähnliche Situation geraten. Er lässt sich mit dem Psychologen in der Wildnis aussetzen, mit einem Funkgerät als Notverbindung zur Aussenwelt, und der Alptraum beginnt. Wie er auch diesmal davonkommt, wird packend erzählt.

Nun halte ich es mit Elke Heidenreich, die ihre Literatursendungen mit der Aufforderung «Lesen!» abzuschliessen pflegt. ■



Cabarettreif war der Auftritt unseres heimlichen Verbündeten **Ernst Merz** im Zuger Gemeinderat in der Budgetdebatte im Dezember. «Die Finanz- und Ausgabenpolitik der Stadt Zug ist katastrophal. Die Ausgabenpolitik ist liederlich. Wenn sie Geld finden wollen, gehen sie zum Stadthaus, da wird es haufenweise hinausgeworfen.» Das liessen sich die Freisinnigen, welche seit Menschengedenken den Finanzchef in der Stadt stellen, vom SVP-Vorsorgeberater nicht zweimal sagen und wählten den Alternativen **Stefan Hodel** statt des SVP-Kandidaten zum Vizepräsidenten.

Die **SVP** revanchierte sich mit einer ZP-Kolumne ihres Kantonalpräsidenten, der gegen eine Erhöhung der Stadtratsaläre polemisierte. Lanciert hatte das Thema FDP-Kantonsrat **Rudolf Balsiger**, der (bald nicht mehr Kirchenrat?) doch so gerne Stadtrat werden

möchte – aber natürlich nicht für lächerliche 150'000 Franken im Jahr.

Den guten Umgang mit Geld lernen müssen auch die **Jungen SVPlers**. Der frühere Generalsekretär hat die Justiz auf dem Hals, weil er die Jungfreisinnigen mit einer gefälschten Rechnung übers Ohr gehauen hat. Der Kassier der Jungen Zürcher SVP ist gleich mit der ganzen Partekasse abgehauen. Und die einstige grosse Hoffnung der Stadtzuger SVP, der junge Architekt **Christoph Häusler** wird von der Siemens Schweiz AG betrieben. Laut Amtsblatt ist der Betriebsene dort zu finden, wovor es der SVP doch sonst so graust: im Ausland.

Originalton «**Neue Zuger Zeitung**»: «Von einer guten Zusammenarbeit auf bürgerlicher Seite im Kantonsrat» berichtete Fraktionschefin **Andrea Hodel**.» Kein Wunder,

die SVP liegt nach dem Abgang von Durrer und Tännler im Tiefschlaf. Das ist kein Problem, denn die FDP ist in die Bresche gesprungen und politisiert in vielen Fragen hart am Blocher-Tännler-Kurs.

Die richtige Schlussfolgerung zieht FDP-Präsident **Jost Windlin**: «Wir Freisinnigen müssen nicht nach links und nach rechts schauen.» Ist auch besser so. Rechts gähnt der Abgrund und links überlegen sich immer mehr liberal Wählende, wem sie das nächste Mal ihre Stimme geben sollen.

Wenig Hilfe dazu bietet die «**Zuger Presse**». Zu selten wird über Nationalratsdebatten berichtet, das ist eben zu wenig lokal. Ausnahme: der Absturz des Rüstungsprogrammes Mitte März. Gefeierte als Kämpfer gegen die Transportflieger wurde **Marcel Scherer**, sogar mit Föteli in

der Grossauflage. Scherer aber blieb in der Debatte still und war auch sonst nirgends beteiligt. Dank Tagesschau, 10 vor 10, Echo der Zeit und NZZ wissen wir, welcher Zuger Nationalrat an diesem historischen Entscheid massgeblich beteiligt war.

In der kältesten Woche dieses Jahres erschien in der Zuger Presse unter dem Titel «Stahlharte Magistraten» ein Foto der beiden **Stadträte Müller und Bossard**, wie sie mit ihren Velos ohne Helm oder Mütze über den Postplatz kurven. Da war zu lesen, dass Dolfi auch bei minus zehn Grad mit dem Velo zur Arbeit fahre. Da wurde der neue Vizepräsi des GGR **Stefan Hodel**, schon etwas neidisch. Da fährt er seit mehr als zehn Jahren mit dem Velo von Oberwil nach Arth zur Arbeit, bei jedem Wetter, aber für eine Foto in der Zeitung hat es bisher nicht ge- reicht. ■



Nun stürmen die Alternativen auch noch die letzte Bastion: die Fasnacht. Noch nicht 40 und schon ein eigener Sujet-Wagen an der Fasnacht. Marianne Aeplis Auftritt an der Cannabis-Demo im letzten Sommer hat in Menzingen Eindruck gemacht. Der Frontal-Redaktion gefällt allerdings das Original der Freie Wähler-Präsidentin besser.

Veranstaltungen



Veranstaltungskalender

DO, 7. April: Monatsbar
18.30, ZALT, General-Guisan-Str. 22 (hinter Herti-Einkaufszentrum, 1. Stock), Zug. Nachtessen und Barbetrieb.

DO, 14. April: 10. GV Freie WählerInnen Menzingen
20.15, Sonnenberg 34, Menzingen.

DO, 14. April: SGA-Parolenfassung Juni-Abstimmungen
20.15 – 21.30, Siehbachsaal, Chamerstrasse 33, Zug
Schengen/Dublin mit Geri Müller, Nationalrat Grüne Aargau (Kontra) und Jo Lang, Nationalrat Alternative Zug (Pro). Partnerschaftsgesetz (Infos durch Jo Lang). Öffentliche Veranstaltung!

DO, 21. April: Podiumsveranstaltung zu den Bilateralen Verträgen II
19.00, Lorzensaal, Cham. Mit Bundesrat Joseph Deiss sowie Jean-Luc Nordmann vom seco.

SA, 23. April: Dorfrundgang um Steinhausen
14.30 – 17.00, Dorfplatz, Rundgang.
14.30 – 21.00, Festwirtschaft auf dem Dorfplatz.
Veranstalterin: Frische Brise, Alternative Steinhausen.

DI, 26. April: GV des WWF Sektion Zug
19.00, Casino Zug. Herbert Krach, Kleinbauervereinigung, spricht zu «gentechfrei ist besser als Gentechrisiko».

SA, 30. April: Märtkafi Gleis 3 Risch-Rotkreuz
9.00 – 12.00 am Dorfmarkt auf dem Dorfplatz, Rotkreuz.

SO, 1. Mai: Sonntags-Matinée «Eine andere Welt ist möglich»
10.00 – 13.00, Burgbackkeller, Zug.
Mit Reden, Diskussion, Osso-bucco und Apéros. Alle Freundinnen und Freunde des 1. Mai sind herzlich eingeladen. Organisatoren: Gewerkschaftsbund Zug und vpod.

SO, 1. Mai: Lesung & Infos zur Abstimmungsvorlage zum Partnerschaftsgesetz
16.00, Gotischer Saal (3. Stock) des Rathauses von Zug am Fischmarkt.

Lesung mit Peter Hofmann aus Berlin aus «Das Feuer fremder Häuser».
Referat von Hanspeter Uster und Josef Lang zur Abstimmungsvorlage vom 5. Juni zum Partnerschaftsgesetz.

DO, 3. Mai: Monatsbar
18.30, ZALT, General-Guisan-Str. 22 (hinter Herti-Einkaufszentrum, 1. Stock), Zug. Nachtessen und Barbetrieb.

DI, 10. Mai: Gründerversammlung Zuger Momitee «gentechfrei»
19.30, Casino, Zug

DO, 12. Mai: KriFo-Treff
8.00–10.00, Cafe Neudorf, Cham.

FR, 27. Mai: Fachtagung der Schweizerischen Energie-Stiftung «Erdöl... und danach?»
9.00 – 17.00, SWX Swiss Exchange, ConventionPoint, Zürich. Weitere Infos: www.energienstiftung.ch oder 01 271 54 64

SA, 28. Mai: Baarer Velobörse
8.00 – 15.00, beim Schulhausplatz Marktgasse in Baar, Seite Rathaus-Schüür. Bei Jeder Witterung.

DO, 2. Juni: Monatsbar
18.30, ZALT, General-Guisan-Str. 22 (hinter Herti-Einkaufszentrum, 1. Stock), Zug. Nachtessen und Barbetrieb.

DO, 2. Juni: Jahresversammlung SGA
18.30 – 20.15, ZALT, General-Guisan-Str. 22 (hinter Herti-Einkaufszentrum, 1. Stock), Zug.

FR, 3. Juni: GV Gleis 3 Risch-Rotkreuz und Besprechen der Traktanden zur Gemeindeversammlung
19.30, Verenasaal, Zentrum Dorfmat, Rotkreuz.

Adressen



Die Alternativen im Kanton Zug

Forum Oberägeri
Andreas Kuhn
Lutisbachweg 9
6315 Oberägeri
www.forum-oberaegeri.ch
andreas.kuhn@forum-oberaegeri.ch

Freie Wähler Menzingen
Postfach 112
6313 Menzingen
www.maenzige.ch
m.aepli@gmx.ch

Frische Brise Alternative Steinhausen
Postfach 123
6312 Steinhausen
www.frischebrise.ch
rosemarie.fahndrich@data-zug.ch

Gleis 3 Risch-Rotkreuz
Hanni Schriber
Unt. Haldenweg 5
6343 Rotkreuz
www.gleis3.ch
hannischriber@gmx.ch

KRIFO Alternative Cham
Charles Meyer
Schmidstrasse 4
6330 Cham
www.krifo.ch
charles.meyer@bluewin.ch

Sozialistisch Grüne Alternative
Postfach 4805
6304 Zug
www.sga-zug.ch
info@sga-zug.ch
Tel. 041 710 13 15

Impressum



Namentlich gezeichnete Artikel unterliegen der alleinigen Verantwortung der Autorinnen und Autoren.

BULLETIN Nr. 1, April 2005, erscheint viermal jährlich.
Herausgeber: Verein DAS BULLETIN

Adresse: BULLETIN des alternativen Zug, Postfach 4805, 6304 Zug, E-Mail: bulletin@ch.inter.net

Redaktion: Philipp Bischof, Natalie Chiodi, Judith Kellenberger, Michel Mortier, Adelina Odermatt (Fotos), Martin Stuber

Produktion/Schlussredaktion: Stefan Gisler, Fabian Ryan

Gestaltungskonzept: Urs Bachmann

Belichtung und Druck: DMG Druckerei, Zug
Gedruckt auf Cyclus Print (100% Recycle Papier)

Nutzaufgabe: 1250 Ex.

WEMF-beglaubigte Auflage: 1054 Ex.

Abonnements: Fr. 25.-
KleinverdienerInnen Fr. 10.-
Unterstützungsabo: Fr. 50.-
Mitgliederbeitrag Verein DAS BULLETIN: Fr. 100.-
Einzahlungen auf:
Verein DAS BULLETIN,
6304 Zug, PC 60-30584-6

Redaktionsschluss Nr. 2/2005: Freitag 17. Juni 2005
Erscheinungsdatum:
Freitag 1. Juli 2005

«DAS BULLETIN» auf dem Internet unter www.bulletin-zug.ch

AZB 6304 Zug

Adressberichtigungen melden: SGA, Postfach 4805, 6304 Zug

